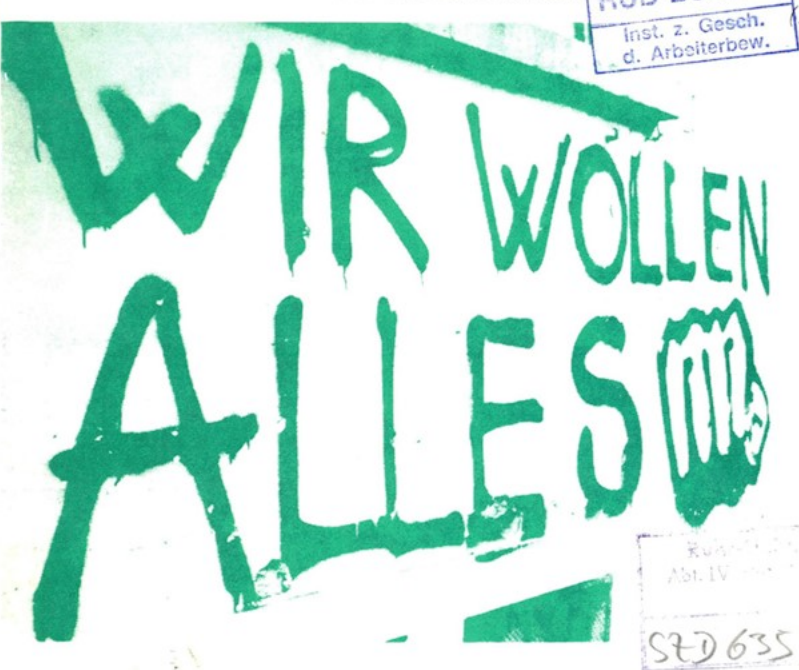
SONDERBEILAGE ZU DEN RAF-PROZESSEN (Seite 9)! Nr. 7/8 (August/September 1973) 1,00 DM J 7581 EX

(Doppelnummer)



Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

BREMEN: *Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstraße 144*

FRANKFURT: *Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
Lotta Continua c/o Fischer, 6 Frankfurt, Bornheimer Landstraße 64

HAMBURG: *Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4*

KÖLN: *Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicher Straße 197*

MAINZ: *Raimund Schandelmaier c/o Politischer Buchladen Roter Stern, 65 Mainz, Weihergarten 6*

MÜNCHEN: *Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstraße 41 b*

NÜRNBERG/ERLANGEN: *über: Politladen, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17 Postfach 2849*

SAARBRÜCKEN: *Jürgen Schäfer, 66 Saarbrücken, Försterstr. 39 bei Schmitt!*

INHALT:

Zuschriften und Bestellungen nur an die Anschrift der Zeitung:
WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz Nr. 12

...und so weiter und so FORD...

Streik bei Ford:

60 Pfennig zu wenig -

Dieser Bericht wurde von Genossen aus dem Werk geschrieben, die von Anfang bis Ende dabei waren. Er ist keine Analyse und keine Einschätzung. Er entstand unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehens und versucht, die wesentlichen kollektiven Erlebnisse der Streikenden wiederzugeben. Die genaue Aufarbeitung des Streiks kann erst in der nächsten Zeit fertiggestellt werden.



In der Woche vor Streikbeginn war an den Bändern, hauptsächlich unter den Türken, eine Saustimmung. 300 – die Leute sprachen von 500 – zu spät aus dem Urlaub Gekommenen war gekündigt worden, die anderen mußten mehr oder weniger deren Arbeit mitmachen, täglich wurde die Stückzahl heraufgesetzt und gleichzeitig rannte ein Trupp von REFA-Leuten durch die Gegend, um noch mehr Leute einsparen zu können. Spätestens ab Mittwoch wurde über Streik geredet. Dazu kam noch die Flugblattpropaganda und ab Donnerstag wurden im Werk Streikaufrufe geklebt.

Kollegen, wie lange sollen wir uns das noch gefallen lassen?

Vom eigentlichen Beginn des Streiks haben wir folgende Version: Ein Türke, seit Jahren an diesem Bandabschnitt und von seinen Kollegen recht isoliert und als Kommunist verschrien, sollte zu Beginn der Spätschicht eine zusätzliche Operation übernehmen. Er reagierte, wie schon viele Kollegen in dieser Woche reagiert hatten: er motzte und schrie rum. Schließlich hörte er ganz zu arbeiten auf und schrie: „Kollegen, wie lange sollen wir uns das noch gefallen lassen? Wann tun wir endlich was gegen die Schweinerei?" u.s.w. In dem Augenblick, wo einer da war, der ihre Wut verbal ausdrücken konnte, waren die Kollegen zum gemeinsamen Handeln fähig. Das konnte man während des ganzen Streiks beobachten. Es dauerte nur ein paar Minuten, bis die ganze Y-Halle (Endmontage) streikte. Der sich formierende Demonstrationszug streifte schließlich durch das ganze Werk und die gesamte Produktion stand gegen 19 Uhr. Nachdem der Zug durch die W-Halle gekommen war, suchte sich ein deutscher Kollege ein Stück Pappe und einen Filzstift, und begann die Forderung nach 60 Pf. mehr zu malen. (Darauf hatten sich sämtliche linken Gruppen, die bei Ford arbeiten, Wochen vorher geeinigt.) Als die umherstehenden Türken das sahen, protestierten sie und sagten: „60 Pf. zu wenig, muß 1 Mark!" Dies ist die einzig wahre Version über die Entstehung der 1-DM-Forderung.

Dieser deutsche Kollege (Genosse) spielte während der Anfangsphase des Streiks am Freitag eine wichtige Rolle und wurde am Montag ins Streikkomitee gewählt. Er beherrscht jenes Fordsche Brockentürkisch, das im Werk so eine Art Umgangssprache ist. Am Freitag wurde er dauernd von den Türken auf die Schultern gehoben, um kleine Reden zu halten, in denen schon alle späteren Forderungen auftauchten. Er wurde in die erste Konfrontation mit Betriebsrat und Geschäftsleitung verwickelt, wobei ein BR-Megaphon in die Brüche ging. Ab Montag hatte er Werksverbot, natürlich blieb er trotzdem beim Streik.

Die Geschäftsleitung forderte auf, das Werk zu verlassen. Betriebsrätin Anni Hofstätter, die alte Ziege, sagte, man wolle sich am Montag um halb sieben wieder treffen, und zwar auf der Wiese vor dem M-Gebäude (Personal- [illegible] BR-Büros, Gesundheitsdienst, Werksfeue[illegible]ehr). Die Spätschicht verließ gegen 21 Uhr das Werk. Nur eine Handvoll Spätschichtkollegen war im Werk geblieben, um der Nachtschicht Bescheid zu sagen. Trotzdem ging der Streik in der Nachtschicht weiter. Auch die Nachtschicht wurde offiziell n[illegible] Hause geschickt. Samstags wurde in allen Schichten (in einzelnen Bereichen wie W- und FK-Halle (Preßwerk)) gearbeitet. Begründung einiger türkischer Kollegen: „Normal Arbeit 5 Tage. Normal Streik auch 5 Tage. Samstag Arbeit viel Geld! Montag wieder Streik. Muß!"

Montag 27.8.73

Wie es dann am Montag früh weiterging, können wir nur schwer rekonstruieren. Sicher ist, daß es diesmal an verschiedenen Stellen zugleich losging. In einigen Hallen wurde noch eine Zeitlang gearbeitet, anderswo wurde erst gar nicht angefangen. Um halb acht stand praktisch der ganze Laden. Den ganzen Vormittag gab es Versammlungen und Umzüge. Das Streikkomitee wurde gewählt. Zu diesem Zeitpunkt versuchte sich dauernd der Betriebsrat einzumischen, um den Streik in den Griff zu bekommen und abwürgen zu können. Als Betriebsrat Kuckelkorn sich von ei[illegible] Holztreppchen aus bemerkbar machen [illegible]ollte, brachten ein paar clevere Türken das Ding zum Einsturz, um den Guten so auf die Ebene der Massen herabzuholen. Dieses Ereignis wurde von donnerndem Applaus begleitet. – Zu diesem Zeitpunkt waren [illegible]h etwa 50 Deutsche dabei. Ein Teil vo[illegible]hnen trennte sich vom Hauptdemonstrationszug, um aus der Z-Halle (Werkzeugbau), wo hauptsächlich Deutsche arbeiten, die restlichen Kollegen abzuholen. Leider kamen die Leute nicht mehr wieder. Offensichtlich hatte in dieser Halle Propaganda und der Druck von Geschäftsleitung, Meistern und Betriebsrat-Mafia schon gewirkt.

Zu Beginn der Spätschicht standen vor jedem Tor Türken, um die Spätschichtkollegen reinzuholen. Zugleich rannten überall Meister rum, um ihre Leute nach Hause zu schicken. Es gab ein paar Hackereien, als Türken deutsche Frühschichtler nicht aus dem Werk lassen wollten.

Am Montag wurde einstimmig beschlossen, keine Maschinen zu zerstören und während des Streiks keinen Alkohol zu trinken. Am Abend gab es auf der Wiese vor dem M-Gebäude Essen für alle: Gurken, Tomaten, Brot, Weintrauben, Cola und Limo. Ein Musikinstrument (Saz) wurde gebracht. Tatsache ist, daß während des Streiks türkische Lieder über den Streik entstanden sind.

An diesem Montagabend begannen die Streikenden, sich mit Kardes oder Kardas (Bruder) anzureden. Der „harte Kern" von 600–800 Leuten, die nun auf die Nachtschicht warteten, bestand zum größten Teil aus Türken, ca. 15 Deutschen, einer Handvoll Jugoslawen und einem Italiener. Die Solidarität, die hier beim Essen, Tanzen und Singen entstand, war zwar international, doch spezifisch türkisch. Den deutschen Genossen lief ein Schauer über den Rücken, als nach dem Essen die türkischen Hauptagitatoren



(größtenteils Kommunisten) einen Hoca (Priester) suchten, dann tatsächlich auch vor den knieenden Streikenden das Abendgebet sangen. Dennoch war die ganze Zeit über der Streik keine rein türkische Geschichte. Dafür sorgten vor allem jene Deutschen und Jugoslawen, die unheimlich intensiv an dem Streik teilnahmen. Ein Jugoslawe „erfand" Eimer und Farbe, und begann die ganze Fabrik voll Parolen zu malen. In allen Sprachen. Bis heute ist es Fords Saubermännern keineswegs gelungen, alle Parolen abzuwaschen oder zu überstreichen. Bei den Agitationen mit oder ohne Megaphon kristallisierte sich eine Gruppe von etwa 20 Hauptagitatoren heraus. Hauptsächlich Türken, daneben Deutsche und Jugoslawen. Bei den türkischen Agitatoren gab es neben Linken (sog. Sozialisten) auch solche, die mehr aus der nationalen oder religiösen Ecke kamen. Die Hauptlinie der Agitation bestimmte aber in erster Linie der perfekt zweisprachige Genosse Targün, der „Baskan" (Präsident, Hauptmann), der Hauptsprecher des Streikkomitees. Seine Agitation bewirkte, daß die Spaltungsversuche der Betriebsrat-Mafia, von Geschäftsleitung und schließlich sogar vom Konsulat nichts bewirkten bei den Türken. Die erste Nacht im Werk verbrachten wir im Schaum-

- Eine Mark mehr für ALLE
- Verringerung des Arbeitstempos
- 6 Wochen Urlaub
- Rücknahme aller Kündigungen
- 13. Monatsgehalt
- Bezahlung der Streiktage
- Keine Disziplinarmaßnahmen gegen Streikende



muß 1 Mark!



3. Nacht im „Hotel Y"

Am Donnerstagmorgen, vor der Katastrophe, hatte die Stimmung einen Höhepunkt erreicht. Über tausend Leute hatten die dritte Nacht im „Hotel Y" verbracht. Wir hatten reichlich gefrühstückt. Die türkischen Kollegen der Frühschicht schlossen sich massenweise an, und selbst Deutsche und Italiener begannen sich anzuschließen. Aus den Wohnheimen waren Kollegen mit eigenen Transparenten gekommen. Der Demonstrationszug war so stark wie nie zuvor (ca. 6 000–8 000 Leute). Wir fühlten uns zu stark. Die Möglichkeit, daß noch am Morgen der Angriff der Schweine erfolgen würde, war uns unwahrscheinlich. Die Provokationen der Schlägertrupps beantworteten wir passiv. Gewaltlosigkeit war die Parole, Megaphone waren keine mehr vorhanden, die waren im Verlauf der letzten Tage schon zu Bruch gegangen. Den Schweinen gelang es schließlich, den Zug in drei Teile zu spalten, die Streikleitung und ein paar Dutzend Kollegen zu verhaften und etliche halb tot zu schlagen. Was in dieser Stunde des Zusammenbruchs wirklich geschah, ist uns, die wir

Mal werden deutsche Genossen in türkischen und jugoslawischen Wohnheimen mit offenen Armen empfangen. Das Bewußtsein von Solidabei waren, noch gar nicht ganz klar. Es fällt uns auch schwer, darüber zu berichten. Es ist klar, daß die Erfahrung dieser fünf Streiktage jetzt nicht weg ist. Zum ersten darität und gemeinsamer Stärke überwiegt gegenüber dem Gefühl der erlittenen Niederlage. Gemeinsames Kämpfen, Essen, Tanzen, Singen, die Plünderung des Sektvorrats einer Chefkantine, Verprügeln von Meistern und Streikbrechern, Verbrüderung von Leuten aus vier Nationen, das sind die wesentlichen kollektiven Erinnerungen an den Streik. Wir haben unsere eigene Sache in die Hand genommen, die Gewerkschaft als Schwätzer entlarvt, unsere Kollegen für den Streik überzeugt (leider kaum die Deutschen) und eigentlich haben wir fast gewonnen. Die erfahrene kollektive Stärke wird von Seiten der Geschäftsleitung und des Betriebsrats zu zerschlagen versucht durch Repressionen, die dann individuell erfahren werden. Bislang ist ca. 130 Kollegen, z. T. sogar auf Vorschlag des Betriebsrats, gekündigt worden. Viele Kollegen, ca. 500 haben von sich aus gekündigt, die nach diesem furchtbaren Erlebnis der Zerschlagung nicht mehr in diesem Betrieb, unter denselben Meisern usw. arbeiten wollen und können.

Warum wir tatsächlich nicht gewonnen haben – wir werden es bald wissen, denn jetzt steht uns ein neuer kollektiver Lernprozeß bevor: die kollektive Aufarbeitung des Streiks

stofflager nahe der Polsterei in der Y-Halle. Geschlafen wurde zwischen den Bändern, in Regalen auf Schaumstoffmatten. „Hotel Y" war entstanden, das ideale Nachtlager für müde Krieger. Wachen wurden eingeteilt und die Tore besetzt. Für den Kurierdienst wurden Meisterfahrräder requiriert. Hier zeigte sich die besondere Stärke eines türkischen Streiks: zwei Jahre Drill in der Armee haben ein soldatisches Bewußtsein geschaffen. „Askerlik" (soldatisch), so sollte der Streik organisiert werden. Die große Diszipliniertheit der Türken hat schließlich auch bewirkt, daß beim Zusammenschlagen des Streiks kein noch größeres Blutbad entstanden ist. Die meisten hielten sich da strikt an die ausgegebene Parole der Gewaltlosigkeit. Im Lauf des Dienstag, nachdem die Verhandlungen zwischen Streikkomitee und Betriebsrat gescheitert waren, entstand als wichtigste Parole: „Sendika satilmis" (Die Gewerkschaft ist käuflich).

Was für Bewußtseinsschritte die türkischen Kollegen während des Streiks machten, zeigt diese Story: Am Dienstagabend erschien vor Tor 3 der türkische Konsul. Die Kollegen erkannten ihn, zehn Mann stürmten raus, packten sich den Konsul auf die Schultern, holten ihn ins Werk, stellten ihn wieder auf die Beine, hockten sich um ihn rum und verlangten: „Der Konsul soll sprechen." Das wollte der Konsul nun nicht. Dafür sprach er eine Viertelstunde mit drei Leuten vom Streikkomitee im Werkschutzgebäude. Als sie wiederkamen, teilte Baskan mit: „Der Konsul hat uns gebeten, keine Maschinen zu zerstören." Die Kollegen klatschten, packten sich den Konsul wieder auf die Schultern . . . und trugen ihn zum Tor hinaus.

Am nächsten Tag (Mittwoch) kam dann der propagandistische Hauptangriff des türkischen Staats: mit starkem Megaphon versuchte der Sozialattaché die Streikenden zu spalten: „Brüder, ihr habt tapfer für eine gerechte Sache gekämpft. Laßt euch nicht von kommunistischen Agitatoren betrügen. Hört auf eure gesetzmäßigen Vertreter von der Gewerkschaft. Baha Targün ist ein Staatsfeind, der in der Türkei von der Polizei gesucht wird" . . . usw. Es war zwecklos. Sein Gelaber ging in ohrenbetäubendem Pfeifen unter. Das wegwerfende „Konsulat ist Scheiße!" der türkischen Kollegen war Ausdruck eines neuen, durchaus politischen Bewußtseins. Ergebnis einer kollektiven Erfahrung.



SOLIDARITÄTSKOMITEE DER KÖLNER FORDARBEITER

Die von FORD entlassenen Kollegen haben gemeinsam mit den politischen Organisationen ein Solidaritätskomitee gegründet, das die praktische Unterstützung für die entlassenen Kollegen organisiert:

Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche
Rechtsschutz gegen die Ford-Kapitalisten
finanzielle Überbrückung
breite Öffentlichkeitsarbeit gegen die Repressionen der Ford-Kapitalisten

Das Solidaritätskomitee braucht ungefähr 150 DM täglich!
Zur Finanzierung dieser Arbeit wird unter anderem ein Poster mit Bildern vom Ford-Streik verkauft. Zu beziehen ist es in linken Buchläden oder über diese Zeitung: Überweist pro gewünschtem Poster DM 3,00 plus 2,00 DM für Versandrolle und Porto an Wir wollen Alles. Sammelbesteller brauchen die DM 2,00 nur einmal pro Bestellung überweisen (10 Poster kosten also DM 32!).

Konto: Wir wollen Alles, 8551 Gaiganz. Postscheckamt Nürnberg Nr. 4684-852. Gebt genaue Adresse und das Stichwort Fordstreikposter auf dem Überweisungsabschnitt an!



Spendet auf Postscheckkonto: Dieter Heinert, köln 264652 – 505

Zur Diskussion:

Versuch einer Einschätzung



Seit dem Ende der Metalltarifrunde 1972/73, in der die Arbeiter so sichtbar wie noch nie geprellt worden sind, ist die Rede vom heißen Sommer oder Herbst. Man wußte, daß die Preise weiter steigen würden; man wußte, daß die Verbitterung der Arbeiter wachsen würde. Der heiße Sommer 1973 war so exakt vorausberechenbar, daß keiner mehr mit ihm gerechnet hatte; beide Seiten – Unternehmer und Gewerkschaften – hatten Zeit, sich vorzubereiten und zu rüsten. Und sie taten es nach Kräften. Daß sie trotzdem die Bewegung der Arbeiter nicht unterdrücken konnten, daß diesmal die Tarifrunde überhaupt nicht mehr zu Ende ging – das ist das Bedeutende an der Streikbewegung in der Bundesrepublik seit dem Februar 1973.

Septemberstreiks 69 – Überraschung für Unternehmer, Gewerschaft, SPD

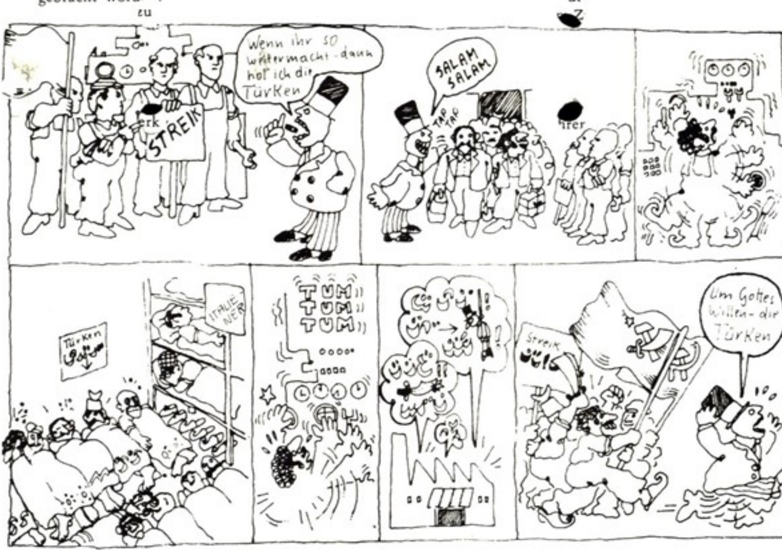
Die Streiks im September 1969 kamen für alle – Unternehmer, Gewerkschaft und SPD – unerwartet. In einem Überraschungsangriff setzten die Arbeiter in vielen Betrieben Lohnerhöhungen vor der Tarifrunde durch. Streiks auf solch massenhafter Ebene waren damals noch ein Novum, die Reaktionen von Gewerkschaft und Unternehmern waren noch unsicher. Die Gewerkschaft traute sich noch nicht offen gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen, die Unternehmer machten schnell Lohnzugeständnisse. Nach 18 Tagen war die Streikwelle zu Ende. Die Streiks waren eine massenhafte spontane Reaktion auf die Diskrepanz zwischen Konjunktur- und Lohnentwicklung, die Arbeiter hatten Erfolg, ohne auf den harten und ausdauernden Widerstand der Institutionen dieses Staates zu stoßen. Die Klassenfronten traten in diesen Streiks nur keimhaft in Erscheinung. Die Loyalität der Arbeiter gegenüber ihren Vertretern blieb weithin erhalten. Nach dem Ende dieser eruptiven Bewegung gaben die Arbeiter das Heft wieder aus der Hand – einerseits in die Hände der Gewerkschaft (die Metalltarifrunde stand an), andererseits in die Hände der SPD (die Bundestagswahlen stand an).

Metalltarifrunde 72/73 Forderung nach linearer Lohnerhöhung

Seit 1969 haben sich die Klassenfronten – von Tarifrunde zu Tariffrunde, von SPD-Regierung zu SPD-Regierung – verschärft. Neben den vielen wilden Streiks der letzten Jahre ist die Metalltarifrunde 1972/73 der sichtbarste Ausdruck davon. Diese Tarifrunde blieb noch in den Händen von Gewerkschaft und Unternehmern und damit Tarifspektakel – was sich aber hinter den Kulissen abspielte, zeigte eine neue Qualität an: zum ersten Mal gelang es der Gewerkschaftslinken gegen den erbitterten Widerstand des Hauptvorstands, eine lineare Lohnerhöhung durchzusetzen. Und dies war nur der Apparatausdruck einer Bewegung unter den Arbeitern. Die Spaltung der Arbeiterschaft durch Prozentforderungen spiegelt die Spaltung in der Produktion wieder. Diese Spaltung wird durch lineare Forderungen nicht aufgehoben und daraus kann keine Strategie des Arbeitskampfes gebastelt werden. Trotzdem waren unter deutschen Arbeitern Forderungen verbreitet, die im Ansatz das Verhältnis von Lohn und Leistung und damit den traditionellen Rahmen gewerkschaftlicher Tarifpolitik in Frage stellten. Linearität: das ist zwar noch eine Lohnforderung, hat aber die Solidarität der Arbeiter als Kampfbasis zum Inhalt. Die Entschiedenheit, mit der von deutschen Arbeitern die lineare Lohnforderung vertreten wird, ist die bisher stärkste Waffe der deutschen Arbeiter.

Der Hoesch-Streik – Fortsetzung der Tarifrunde

Die Tarifrunde wurde mit 8,5 % abgeschlossen, obwohl 66,6 % aller Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen in der zweiten Urabstimmung gegen dieses Ergebnis stimmten. Als bei Hoesch in den innerbetrieblichen Verhandlungen das Ergebnis in ein prozentuales rückverwandelt werden sollte, kam es zum ersten Streik: drei Tage lang streikten 20 000 Hoescharbeiter. Eine so massenhafte Kritik an der Tarifpolitik der Gewerkschaft direkt nach der Tarifrunde hatte es bisher noch nicht gegeben. Spätestens jetzt wurde klar, daß diese Tarifrunde so schnell nicht zu Ende sein würde; die Tarifautonomie schien bedroht. Die Tarifpartner reagierten entsprechend auf den Hoesch-Streik: der Vorstand gab keinen Millimeter nach; wichtiger noch war das Verhalten der IG-Metall, das das Muster für alle kommenden Auseinandersetzungen abgab: so hart wie nie zuvor verurteilte die IG-Metall die Streiks, erklärte sie offen für illegal und verweigerte jegliche Unterstützung und sogar fast jedes Verständnis. Der Streik bei Hoesch, bei dem traditionelle linksgewerkschaftliche Kader die Fäden in den Händen hatten, brach unter diesem Druck zusammen. Ein Exempel schien statuiert: ein Betrieb mit einer traditionell kämpferischen Belegschaft, die die Septemberstreiks eröffnete und auch jetzt wieder ein Zeichen zu setzen schien, war zur Raison gebracht worden.



Die Forderung nach Teuerungszulagen entsteht

Beide Seiten wußten freilich, daß – besonders bei den zu erwartenden Preissteigerungen – der Tariffrieden noch lange nicht gesichert war. Beide Seiten trafen daher vorbeugende Maßnahmen. Die Unternehmer versuchten, durch Lohnzugeständnisse in einzelnen Betrieben der Bewegung die Spitze abzubrechen: in etwa 600 Betrieben wurden Zulagen gezahlt (bei Daimler 400 DM; auch Opel und Ford gehörten dazu); in der Stahlindustrie wurden 280 DM gezahlt. Die IG-Metall begann, ihre linken Fraktionen zu mobilisieren: um den Unmut der Kollegen zu kanalisieren, wurden haufenweise betriebliche Resolutionen nach einer Teuerungszulage verabschiedet (wie papieren das Ganze war, zeigt das Beispiel von Opel/Rüsselsheim: die FR meldete, die Rüsselsheimer Vertrauensleute würden eine Teuerungszulage fordern – tatsächlich wußte davon in Rüsselsheim nur der Vorstand der VL!). Auch einzelne Warnstreiks kamen der Gewerkschaft nicht ungelegen – wenn sie nur vereinzelt, schlaff und kurz blieben (Beispiele: die Streiks bei Felten & Guileaume und Klöckner Humboldt Deutz in Köln). Und die IG-Metall ging noch einen Schritt weiter: sie forderte Verhandlungen mit Gesamtmetall über einen allgemeinen Teuerungszuschlag. Es kam darüber im Mai zu zwei Gesprächen; die Unternehmer im Zwiespalt zwischen Einsicht und Profitinteresse lehnten ab. Unternehmer und IG-Metall waren überzeugt, die Bewegung der Arbeiter im Griff zu haben: sie glaubten, mit den Zusatzzahlungen die Arbeiter befriedigt zu haben. Es schien aufzugehen: in allen traditionell kampfstarken Betrieben (viele Facharbeiter, starke linksgewerkschaftliche Tradion im VLK und BR) war die Bewegung entweder unterdrückt oder mit Zugeständissen zurückgedrängt worden. Zu rechnen war nur noch mit einigen unbedeutenden Streiks in Klein- und Mittelbetrieben.

Die neue Streikwelle vor dem Urlaub – Ausländer übernehmen die Initiative

Diese Rechnung ging nicht auf. Noch vor dem Urlaub erreichte die Streikwelle einen neuen Höhepunkt. Zwar sind es Klein- und Mittelbetriebe – aber die Form, in der diese Kämpfe ausgetragen werden, deutet eine neue Qualität an. Es sind die Streiks bei John Deere in Mannheim, bei Mannesmann in Osnabrück, bei Hella in Lippstadt, mit Ausnahme von John Deere alles Betriebe ohne traditionelle Kampferfahrung. Das entscheidend Neue in diesen Streiks ist, daß die Ausländer in ihnen die Initiative übernehmen. Während in den bisherigen Streiks die Bindung der deutschen Arbeiter an den Gewerkschaftsreformismus weithin bestimmend war für die Form der Streiks, ist es jetzt anders. Die deutschen Arbeiter beginnen, teils mit, teils ohne ihre gewählten Vertreter (Betriebsrat und Vertrauensleute) den Streik. Der Streikverlauf liegt dann weithin in den Händen dieser Leute. Eigeninitiativen der Arbeiter entwickeln sich nur selten und schwach. Die Forderungen bleiben „realistisch", auf der Geldebene. Die Ausländer dagegen – nicht gezeichnet durch die Niederlagengeschichte der deutschen Arbeiterbewegung – verhalten sich anders: ihre Situation als Arbeitsemigranten erlaubt ihnen nicht den Glauben an die kleinen allmählichen Verbesserungen, ihre Bindung an den Gewerkschaftsreformismus ist schwach oder überhaupt nicht vorhanden.

Die ausländischen Arbeiter – insbesondere türkische Kollegen – kämpfen meist ohne die Unterstützung der Gewerkschaft; schon allein deshalb, weil sie sie nicht kennen und sie sie deshalb nicht nutzen können. Die deutschen Arbeiter haben in der Nachkriegszeit die Erfahrung gemacht, daß ihre Vertretungsorgane was für sie rausholen können. Die Erkenntnis, daß die gewerkschaftlichen Spielregeln nichts mehr taugen, ist ein langwieriger Prozeß, der auch nicht dadurch verkürzt werden kann, indem die Ausländer als gutes Beispiel den deutschen Arbeitern entgegengehalten werden.

Der normale gewerkschaftliche und unternehmerische Apparat – Einflußnahme der übergeordneten gewerkschaftlichen Instanzen auf die betrieblichen einerseits, Drohbriefe und Verwarnungen andererseits – reichte nicht mehr aus, die Bewegung unter Kontrolle zu bekommen. Die Bewegung hatte ein Ausmaß und eine Kraft entwickelt, die mit normalen Mitteln nicht mehr zu bezähmen war, die massive Intervention von Unternehmern und Staat wurde notwendig.

OPEL und FORD – ein deutscher und ein türkischer Streik

Die beiden Streiks bei Opel und Ford bilden den Höhepunkt der Streikbewegung. Dennoch sind sie sehr unterschiedlich verlaufen. Bei Opel in Bochum arbeiten – auch an den Bändern – hauptsächlich Deutsche (nur 2 000 von 20 000 sind Ausländer). Das prägte den Streik. Es gab kein Streikkomitee, keine Streikversammlung, auf der öffentlich über die Aktionen diskutiert worden wäre; die Kommunikation zwischen Werk I und Werk II klappte nur schlecht (was wesentlich mit zum Zusammenbruch des Streiks beitrug), die Aktivitäten der Streikenden blieben begrenzt. Dennoch unterscheidet sich dieser Streik von den vorhergehenden Arbeitsniederlegungen deutscher Arbeiter. Zum ersten Mal kam hier offen zu Tage, daß die Forderung nach einer Teuerungszulage nur der sichtbarste Ausdruck einer viel weitergehenden Bewegung ist. Die Teuerungszulage ist deswegen der gemeinsame Nenner aller Streiks der deutschen Arbeiter, weil sie am dringendsten benötigt wird – vor allen anderen Forderungen, die noch gestellt wurden in den letzten Wochen. Die Opelarbeiter forderten neben der Teuerungszulage noch die Reduzierung der Schichten um eine halbe Stunde, 2mal zehn Minuten bezahlte Pause, einen Tag Urlaub als Entschädigung für die Sonderschichten und die Berechnung des Weihnachtsgeldes auf einer Stundenzahl von 185 statt 173 Stunden. Das zweite Novum dieses Streiks besteht darin, daß die Arbeiter der Rädelsführer-Taktik der Unternehmer präventiv begegneten: Nirgends waren in diesem Streik Wortführer sichtbar und dennoch gelang es tagelang, die Streikaktivitäten zu koordinieren und alle Streikenden darin einzubeziehen. Zwei Beispiele: Wenn irgendwo gearbeitet wurde, bildeten sich sofort Züge, die dort hingingen; Freitagmorgen, nach dem Angebot der Ge-

vorläufig kann man sagen ...

Die Streikbewegung in den letzten Monaten ist nicht einfach eine geradlinige Weiterentwicklung der bisherigen Situation. Sie hat die politische Landschaft verändert – und unsere Aufgaben. Versuchen wir, einige wichtige Punkte herauszuarbeiten und mögliche Schlußfolgerungen für uns anzugeben:

1. Erst jetzt wird die seit zehn Jahren durch die Veränderung der Produktion und die Ausländer bewirkte neue Zusammensetzung der Arbeiterklasse politisch wirksam. Während unter den oft älteren, qua-



lifizierteren deutschen Arbeitern die Unzufriedenheit entweder in der linken Gewerkschaftsbewegung oder in der bloßen Resignation ihren Ausdruck findet, haben Teile vor allem der ausländischen unqualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter zusätzlich neue Zeichen gesetzt. Sie haben – wenn auch sicher ohne lange strategische Überlegungen – gezeigt, daß es möglich ist, ganz ohne die Gewerkschaft zu handeln. Sie haben bei FORD/Köln das Kapital zum ersten Mal gezwungen, auf die Gewerkschaft als Partner zu verzichten. Und klar wie nie kommt jetzt die Hauptsorge der Unternehmer zum Vorschein: das wirkungsvolle Kontrollinstrument Gewerkschaft funktionsfähig zu erhalten.

2. Politisch verändern diese Streiks das Bewußtsein aller Arbeiter. Die Nationalitäten, die immer als malochende Idioten beschimpft wurden, vor allem die Türken, sind stolz auf die Kraft, die sie gezeigt haben. Ein solches verstärktes Selbstbewußtsein ist aber wichtig für kommende Konfliktsituationen.

Auch die Arbeiter, die nicht gestreikt haben, sind von den Erfahrungen betroffen. Manche eher privilegierten Arbeiter reagieren ablehnend. Doch auch für sie ist die Tatsache, daß kollektives Handeln möglich ist, eine Herausforderung und ein wichtiger Lernprozeß. Mißerfolge wie in Köln können zwar die Abwehr solcher Arbeiter verlängern. Aber selbst dann ist ihr Hauptargument, man könne eben nichts machen, durchlöchert von Schuldgefühlen.



An den verschiedenen Streiks hat sich gezeigt, daß die Probleme der Spaltung nicht hauptsächlich Probleme der verschiedenen Nationalität, sondern vor allem der Stellung im Produktionsprozeß sind. Einig waren sich jeweils diejenigen, die eine ähnliche Stellung im Produktionsprozeß haben – und Opel zeigte, daß Deutsche an den Bändern dieselben Inhalte artikulieren wie Ausländer. Allerdings sind auch bei gemeinsamen Streiks die deutschen Arbeiter weniger „spontan“, neigen weniger zum Ausgelassensein – doch ist dieser Unterschied zweitrangig. Auch die rassistischen Kampagnen, die teilweise versucht wurden, haben diese Situation in den bestreikten Betrieben wenig beeinflußen können.

3. Inhaltlich treten in diesem Jahr zum ersten Mal massenhaft Forderungen auf, die wirklich die Bedürfnisse der Arbeiter ausdrücken, ohne Rücksicht auf die ökonomischen „Möglichkeiten“ des Kapitals. Das hat seinen Grund vielleicht mit in der Unkenntnis der Ausländer über die Verhandlungsmechanismen. Aber es ist politisch trotzdem viel bedeutsamer als nur naiv: neben dem Lohn sind die Pausen, der Urlaub, die unteren Lohngruppen, die Arbeitshetze jetzt politische Themen geworden, mit denen sich die Masse der Arbeiter identifizieren kann und die plötzlich auch von den Gewerkschaften und den Kapitalisten ernstgenommen werden müssen.

Neben diesen Inhalten haben die Arbeiter auch in einem großartigen Prozeß viele Kampfformen wieder erobert, die ihnen die Gewerkschaften mit ihrer Kne-



beltaktik längst aus der Hand geschlagen hatten: Betriebsbesetzungen, intensive Kommunikation durch Umzüge in den Betrieben; Machtausübung durch Kontrolle am Tor; Geiseln als Pfand für die Sicherheit ihrer Streikleitung. Die Formen waren unterschiedlich und sind noch nicht sehr weit entwickelt – aber sie verkörpern eine wichtige politische Erfahrung unserer multinationalen Arbeiterklasse.

4. Die Streiks zeigen auch, daß erfolgreiche Aktionen abhängen von bestehenden Strukturen unter den Arbeitern. Ein Kampf wie der bei Ford, der sich eine spontane Spitze schuf, dem aber ansonsten das innere Gerippe fehlte, macht das besonders deutlich. Das notwendige Netz kann aus Vertrauensleuten bestehen – obwohl bei diesen Institutionen immer die Gefahr besteht, daß letztlich die Gewerkschaft an entscheidenden Punkten ihre Kontrollrolle durchsetzt. Wichtig ist aber vor allem, daß solche Strukturen mit den entscheidenden Punkten der Produktion eng verbunden sind – dann wird, wie Opel zeigte, ein koordiniertes Vorgehen möglich. Die Schaffung solcher Strukturen ist keinesfalls ein technisches Problem. In multinationalen Betrieben oder in Frauenbetrieben können sie nur entstehen, wenn man davon ausgeht, daß die Träger multinational sein müssen und daß Ausländer und Frauen ihre Handlungsmöglichkeiten nicht in der Gewerkschaft repräsentiert sehen, sondern auf eigene Netze angewiesen sind.

5. Für die linken Gruppen bedeuten die Streiks eine große Herausforderung und eine große Verantwortung. Das Problem liegt nicht darin, daß in „unseren“ Betrieben nicht gestreikt wurde oder ob „Leute von uns“ in der Streikleitung saßen. Sondern es heißt: Wie müssen wir uns verhalten und verändern, um uns mit einer Klassensituation zu verbinden, die sich so grundsätzlich verändert – selbst wenn wir im Moment nicht im Brennpunkt gestanden haben.

Wir meinen, die Aufgaben liegen in dieser Situation auf zwei Ebenen. Die erste und wichtigste ist die, daß man Hilfsmittel entwickelt, die den Arbeitern der Betriebe, die jetzt gestreikt haben, eines möglich machen: die Bildung von Arbeiterkernen, die die Erfahrungen politisch weiterverarbeiten, die sie im Betrieb am Leben erhalten und nach außen verbreitern. Die besprechen, was die Inhalte, die Formen und die Resultate politisch bedeuten. Eines ist sicher: in diesen Kämpfen haben sich spontane Avantgarden gebildet, die auch nach einer Niederlage diskussionsbereit bleiben. Und durch ständige Anwesenheit und andere Mittel läßt sich darauf hinarbeiten, daß diese politisch unschätzbar wichtigen Erfahrungen und Lernprozesse nicht verlorengehen. Nicht wir sollen vor allem die Perspektiven diskutieren – sondern die Arbeiter brauchen diese Möglichkeit, um die weiteren Perspektiven klar herausarbeiten zu können. Dabei wiederum können wir helfen, unterstützen, kritisieren.

Neben dieser wichtigsten politischen Aufgabe gibt es das zweite Problem, das alle Gruppen betrifft: kein Ort, wo es nicht jetzt vordringlich ist, mit den Arbeitern aller Nationalitäten über die Erfahrungen zu sprechen, sie darzustellen, die Schwierigkeiten zu diskutieren. Kein Ort, wo wir nicht überprüfen müssen, ob unsere eigene Betriebsarbeit wirklich so angelegt ist, daß sie für alle Arbeiter ein Hilfsmittel bei der Organisierung von Kämpfen sein kann. Es geht nicht darum, daß wir jetzt alle im Ruhrgebiet sein müssen, sondern darum, daß das Ruhrgebiet überall ist.

6. Für alle, die Arbeiter, die Gruppen, muß die Weiterarbeit aber sicher einhergehen mit einem besseren Verständnis der veränderten Situation. Zwei Fragen sind entscheidend für die nächsten Schritte:

1. Was waren die objektiven und subjektiven Bedingungen, die 1973 eine ganz andere Bewegung als 1969 möglich machten? Warum blieb sie auf bestimmte Industriezweige und bestimmte Arbeiterschichten begrenzt?
2. Was bedeutet die neue Situation für das Verhältnis der deutschen Arbeiter zur Sozialdemokratie, für die Pläne der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften? Wie wird das Kapital antworten?



Untersuchen wir diese Fragen. Und machen wir uns klar: das Auftreten dieser Kämpfe in Deutschland hat eine neue Epoche eingeleitet. Wir können es uns nicht leisten, das nicht zu bemerken, weil einige Arbeiter hinterherhinken oder weil die italienischen Kämpfe viele dieser Inhalte schon lange produziert haben.

Eine Diskussion über die Streikbewegung

findet voraussichtlich am 6./7. Oktober in Bochum statt zwischen allen Gruppen, die an dieser Zeitung mitarbeiten, sowie anderen Betriebsgruppen aus dem Ruhrgebiet.

Genossinnen und Genossen, die Interesse haben teilzunehmen, und die vorbereitendes Informationsmaterial erhalten möchten, schreiben bitte an:

Revolutionärer Kampf
6 Frankfurt, Postfach 4202
oder rufen an: 0611/59 14 64

→ schäftsleitung, wurde wieder gearbeitet, nach dreistündiger Arbeit bricht der Streik wieder los und zwar fast gleichzeitig an allen Produktionsstätten. Diese relative Selbständigkeit der Arbeiter ist sicher nicht vom Himmel gefallen: wesentlich dazu beigetragen hat die jahrelange Arbeit einer Gruppe, die durch konsequente Entlarvung des Betriebsrats die Distanz der Arbeiter gegenüber ihren gewählten Interessenvertretern verstärkt hat (gemeint ist die Gewerkschaftsopposition, die bei der Betriebsratswahl 1972 mit einer eigenen Liste erfolgreich war).

Der Streik bei Ford Köln dagegen war von Türken getragen. Sie wählten ein Streikkomitee und kämpften von Anfang an ausdrücklich ohne Unterstützung von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper, weil sie die nicht kennen. Die Türken bei Ford entwickelten die bisher weitestgehenden Forderungen; Forderungen, die eindeutig die Lohnebene verlassen: Neben „Eine Mark für alle“ und Wiedereinstellung der 300 entlassenen türkischen Kollegen auch sechs Wochen Urlaub und Verringerung des Arbeitstempos. Zum ersten Mal werden hier massenhaft Forderungen formuliert, die vom Gewerkschaftsapparat so leicht nicht aufzufangen sind und nicht aufgefangen werden sollten. Die Gewerkschaft machte Hand in Hand mit der Geschäftsleitung: diesen Streik muß ten sie kaputtkriegen. Die Spaltung Deutsche – Ausländer, die ihren Ausgangspunkt in der unterschiedlichen Geschichte der Arbeiter hat, ist die Chance des Kapitals, die Bewegung schließlich kaputtzumachen. Bei Ford war es möglich, gleich zu Beginn des Streiks eine Teuerungszulage von rd. 280 DM zu zahlen. Dem entsprechen Abmachungen in der Automobilindustrie. Aber hier klappten Kapital und Gewerkschaftsführung das Messer der Spaltung auf: voll reingelaufen sind besonders diejenigen, die meinten, die Erfahrungen der deutschen Arbeiter ließen sich durch einen ‚qualitativen‘ Sprung weiterentwickeln. Die Teuerungszulage wurde erst nach Tagen „ausgehandelt“, als die Hetze gegen die Ausländer ihren Höhepunkt erreicht hatte: „Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei.“

Bei Ford gelang es Kapital und Staat, die Spaltung voll wirksam werden zu lassen, so den Streik unter Einsatz von Polizei auf dem Werksgelände zu brechen. Damit einher ging eine gewaltige Hetze der Presse, die keine Arbeiter, nur noch radikale Drahtzieher sah (Schlagzeile im Kölner „express“: „6 Radikale legen Ford lahm!“).

Die linken Gruppen selbst aber haben keinen Grund zum Jubeln. Denn bis auf ganz wenige Ausnahmen haben sie mit den Kämpfen der Arbeiter noch nichts zu tun.

STREIK BEI PIERBURG/NEUSS

"Heute ist unser Tag, wir müssen feiern und tanzen!"

Die Pierburg KG gehört zur Solex-Gruppe, wobei bei Pierburg die Vergaser produziert und bei Solex – direkter Nachbarbetrieb – im wesentlichen versandt werden. – Solex beliefert alle Autofirmen wie z. B. Opel, VW, BMW und Mercedes und befand sich wegen der Hochkonjunktur in ziemlichen Lieferschwierigkeiten – praktisch wurde produziert und ausgeliefert, ohne große Lager in Neuss oder bei den Autofirmen. Das war beim ersten Streik im Mai schon so und hatte sich bis zum August nicht geändert.

Bei der Pierburg KG schaffen insgesamt 3 400 Frauen und Männer, davon ca. 2 800 Frauen, von denen 80 % Emigrantinnen sind: Griechinnen, Türkinnen, Spanierinnen, Italienerinnen und Jugoslavinnen. Diese Frauen stehen bzw. sitzen am Fließband auf Holzhockern und montieren die Vergaser zusammen. „Leichte Arbeit" wohlgemerkt – daher Leichtlohngruppe II, d. h. bei der Einstellung ca. 4,70 DM, nach 6 Wochen bis zu 5,10 DM. Frauen, die sehr lange dabei sind, landen bei 5,50 DM bis 5,70 DM incl. Zulagen. Die paar Männer am Band sind samt und sonders Aufpasser: Meister und Vorarbeiter – die meisten anderen deutschen Männer sind als Facharbeiter im Werkzeugbau und kommen auf runde 8,50 bis 9,50 DM. Da die Ertragslage sehr gut war, Lieferschwierigkeiten durch Überstunden überbrückt werden sollten, auch Herr Göbel (Direktor) ein flaues Gefühl im Magen hatte wegen des Maistreiks, und der Betriebsrat endlich ein Ergebnis brauchte, hatte man sich in der ersten Augustwoche auf 200 DM für alle geeinigt. Die Abmachung war ein paar Tage vor Streikbeginn durch Aushang rechtskräftig geworden (das wird noch wichtig). Soweit die Situation, bevor es am Montag (13. 8. 1973) früh losging.

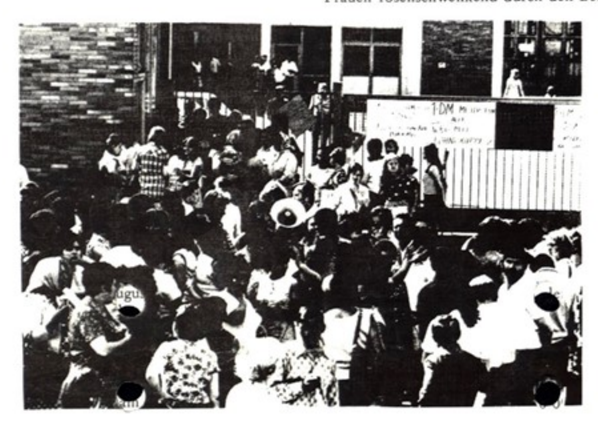
Der Streik

Es lag was in der Luft, die Emigrantinnen hatten was vor, das wußte man, Meister sollten mehr Geld gekriegt haben usw. Später lief folgende Geschichte um: einige Frauen kommen wegen dem Autobus immer sehr früh und irgendein Vorarbeiter hatte bei den diskutierenden Gruppen eine Emigrantin blöd angepackt, die Frauen haben sich gewehrt und den Typ verjagt. Ein paar Minuten später kurvten mehrere Polizeiwagen auf dem Werksgelände rum, der Vorarbeiter vorne drin, und vier Frauen wurden verhaftet. Später am Vormittag sind dann alle wieder frei gewesen, eine griechische Frau allerdings verletzt. Das war dei erste Schock für Presse und Fernsehen: die Bullen hatten die Frau verprügelt.

Auf den Bulleneinsatz bei Schichtbeginn hin blieben so an die 500 Emigrantinnen vor dem Werkstor und verlangten „Eine Mark mehr" und „Weg mit der Lohngruppe II". Von Männern, Agitatoren etc. war nichts zu sehen. Die Gruppe der streikenden Frauen blieb bis Feierabend vor dem Werkstor, immer wieder ihre Forderungen schreiend.

Am Dienstagmorgen wimmelten dann Weyers Bullen (Weyer ist FDP-Innenminister in NRW) ums Werk rum und beobachteten die Frauen vorm Tor, bis plötzlich drei Bullen vorstürzten, sich die Griechin schnappten und so lange verprügelten, bis der Betriebsratvorsitzende eingriff. Dafür zeigte Oberbulle Knecht den Betriebsrat wegen Nötigung und Verleumdung an: „Ein wilder Streik kommt einer Revolution gleich" ist sein Glaubensbekenntnis. Bis zur Pause um 9 Uhr blieben die Frauen vor dem Tor, ununterbrochen „Eine Mark mehr" und „Mehr Geld" fordernd. Um 9 Uhr kamen auch die anderen Emigrantinnen raus und gingen nicht wieder rein. Der Werkzeugbau arbeitete reduziert weiter, später hat einer gesagt: „Das hältste mitte Nerven nich aus, wenn die da dauernd eine Mark mehr schreien." – Um 11.40 Uhr wurde der Betrieb dann geschlossen. Die Frauen blieben wieder bis Feierabend. Inzwischen war auch das Fernsehen da und ein MB, die sich alle wahnsinnig über den Bulleneinsatz aufregten. Jetzt kam Neuss auch noch in den Nachrichten und im Fernsehen.

Mittwochmorgen: „Zutritt nur für Arbeitswillige". Wieder blieben die paar hundert Emigrantinnen draußen und drinnen wurde so gut gearbeitet, wie es ohne die Streikenden ging. Andauernd tönten die Megafone und ein türkischer Vertrauensmann kündigte seine Verbrennung an, wenn bis 12 Uhr nicht verhandelt würde. Dem war



sehr ernst damit und nur weil alle dagegen waren und ihn daran hinderten, hat er es nicht gemacht. Tatsache blieb, bis jetzt hatte es die Geschäftsleitung noch nicht nötig gehabt, auch nur einen Furz zu lassen und der Betriebsrat wartete brav auf einen Wink. Dann kam allerdings aus dem Werkzeugbau ein Ultimatum an die Geschäftsleitung: „Wenn bis Donnerstag um 9 Uhr (Frühstückspause) immer noch nicht verhandelt wird, schmeißen wir den Hammer hin." Die Facharbeiter waren sauern, weil die Geschäftsleitung die Frauen und damit die ganze Belegschaft verarschten und das wollten sie sich nicht bieten lassen. Außerdem herrschte eine explosive Stimmung im Betrieb und alle bewunderten die Frauen, mit welcher Energie die den Streik durchhielten. „Ja, die machen dat anders als wir", das war Lob und Bewunderung und eigene Unsicherheit.

IGM und Kravattenheinis

Nur so um die 150 Frauen standen am *Donnerstagmorgen* mit Rosen vor dem Tor und gaben jedem, der reinging, eine Blume mit und versuchten, mit den anderen zu reden. Aber mehr blieben nicht draußen. Bis zur Pause hallten pausenlos die Parolen in die Hallen, immer wieder guckten verunsicherte Frauen aus den Hallen, und auf dem Hof diskutierten Meister und Vorarbeiter mit den Typen von der Geschäftsleitung. Das Tor war offen und auf der Torlinie standen ein paar Krawattenheinis als Psycho-Grenze zwischen draußen und drinnen. Um



8.45 Uhr füllte sich langsam der Hof vor den Hallen und innen und auße n schwenkten die Frauen die Rosen. Einzelne liefen durch die Psycho-Barriere und wurden draußen mit Begeisterung empfangen. Kurz vor neun hieß es: „Der Werkzeugbau hat aufgehört" und die Frauen wollten in den Betrieb. Jetzt bewiesen griechische KP-Genossen, IGM-Dolmetscher und die Krawattenheinis der Geschäftsleitung Stärke. Fünf Minuten hielten sie teils mit physischer Gewalt, teils mit Scheißhausparolen von einem Plan, der eingehalten werden müsse, die Fraun aut. Dann liefen die Frauen „Eine Mark mehr" rufend in den Betrieb und fielen ihren Kolleginnen um den Hals. Kurz darauf zog ein Trupp Frauen rosenschwenkend durch den Betrieb und rüber zu Solex. Beide Betriebe standen still. Der Hof wude immer voller und die Parolen immer lauter. Von draußen kamen von Funktionären angekarrt Pfirsiche, Brötchen und selbstorganisiertes Bier.

"Dat keunt man ja sonst gar nich"

Unter der heißen Sonne auf dem Hof gab es Diskussionen. Sprudel, Bier und Brötchen wanderten zwischen Ausländerinnen und Deutschen hin und her und jeder konnte rein- und rausgehen, wie er wollte. Keiner von den Geschäftsleitungstypen traute sich zwischen Werksangehörigen und anderen zu unterscheiden. Eine junge Deutsche meinte, als sie Sprudel von einer Türkin bekam: „Dat kennt man ja sonst gar nich." Es wurde viel geflirtet, Arm in Arm liefen einige Pärchen rum, ein paar Kinder spielten Fußball, mehrere Frauengruppen saßen auf dem Rasen und aßen und klatschten. „Streik ist gut, ich habe ein Fräulein kennengelernt" schwärmte ein Emigrant und streichelte zärtlich eine junge Ausländerin und küßte sie – mitten auf dem Werksgelände – in der „Arbeitszeit". Es war einfach eine irre Szene, „heute ist unser Tag, wir müssen feiern und tanzen" jubelte ein Türke ins Megafon – zack, war er das Megafon los: ein griechischer KP-Ochse hatte es ihm weggerissen. „Hier wird gestreikt und nicht ein Fest gefeiert – ein Streik ist eine ernste Angelegenheit." Das war die zweite große Tat der tatsächlichen Streikleitung. Ernst war es im klimatisierten Verhandlungsraum geworden. Seit ungefähr 10 Uhr verhandelte der Betriebsrat unter der Leitung des 1. Bevollmächtigten der IG-Metall Neuss Geuenich und die Geschäftsleitung mit Playboy Pierburg jun. unter Assistenz Immig vom Arbeitgeberverband Düsseldorf. Der 600er Mercedes des Generalkonsuls Senator Prof. Alfred Pierburg tauchte in der ganzen Streikwoche nicht auf. Vielleicht war er in seinem Betrieb in Westberlin oder Brasilien.

Die Forderungen von draußen waren immer wieder deutlich zu hören:

1. Streikkomitee bei Verhandlungen
2. Eine DM für alle
3. Keine Entlassungen
4. Lohngruppe II weg
5. Bezahlte Streiktage

Zu hören war von den Verhandlungen nichts, der Betriebsrat informierte niemanden. Von Streikkomitee-Anwesenheit bei Verhandlungen keine Spur. Der Betriebsrat, stolz auf die gemeinsamen fünfstündigen Betriebsversammlungen in allen Sprachen, offene Diskussion, eigenen Dolmetscher etc. kümmerte sich einen Dreck um die Belegschaft. Er wagte es, einer Vereinbarung zuzustimmen, die am *Freitagmorgen* um 7 Uhr auf Flugblättern der Geschäftsleitung bekanntgemacht wurde:

1. 1 000 Mitarbeiterinnen aus Lohngruppe II in III
2. Der Rest 0,12 DM übertariflich
3. Ab 1. 1. 1974 0,20 DM mehr für jeden
4. Angestellte (keinen Finger krummgemacht im Streik, sondern weitergeschafft!) ab 1. 1. 1974 40,– DM mehr (macht 8,– DM mehr monatlich als die 20 Pfg. für Arbeiter!)

"Hier keine deutsche Musik!"

Von den Flugblättern waren um 7.15 Uhr alle zerrissen und flogen auf dem Hof rum. Es gab keine einzige Diskussion über Annahme – alle haben weitergestreikt. Als es dann um Mittag keine Informationen gab, was und wie es da bei den Verhandlungen aussah, wollte eine Gruppe von Frauen in den Verhandlungsraum, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Die alte Allianz von KP-Gruppen, IGM-Dolmetscher aus Neuss und Geschäftsleitung hinderte sie daran und schickte sie auf den Hof zurück. Diskussionen über eine Demonstration durch Neuss wurden eiligst abgewiegelt. Als junge Deutsche ein Soul-Tonband laufen ließen, sorgten türkische Frauen dafür, daß es abgestellt wurde. „Hier keine deutsche Musik." Die Deutschen standen wieder etwas mehr abseits als am Tag vorher und diskutierten über Verhandlungstaktik: „Eine Mark kriegen wir nie, wenn die 0,40 DM rausrücken, arbeiten wir wieder" usw. Eigentlich waren alle recht erschöpft von der Anspannung der letzten Tage, viele Frauen waren zusammengeklappt, und am Nachmittag waren noch insgesamt 1 000 Frauen und Männer da und warteten auf die Verhandlungsergebnisse, die nicht kamen. Ein junger Grieche ließ wieder das Tonband laufen und vor dem Tor wurde nach griechischer Musik getanzt und geklatscht. Für eine halbe Stunde wich die Nervosität. Als dann ein tanzender, klatschender Zug auf dem Hof herumziehen wollte, schickte die unheilige Allianz (s. o.) den Betriebsfremden vom Werksgelände, der dann sauwütend wieder wegfuhr. Jetzt wurden auch so langsam alle Betriebsfremden vom Werksgelände verwiesen. Als dann um 16 Uhr die Ergebnisse verkündet wurden, waren die Frauen unter sich:

1. Lohngruppe II weg
2. Ehem. Lohngruppe II 65 Pfg. einschl. der alten 200 DM
3. Lohngruppe III–X: 53 Pfg. einschl. der alten 200 DM

Sonst nichts. Das war's gewesen. Nichts über die Bezahlung der Streiktage, kein Wort über die zu erwartenden Entlassungen. Obwohl ein Teil der streikenden Frauen gegen diesen Abschluß sofort agitierte, war klar, daß die Front jetzt gespalten war. Die Deutschen würden auf jeden Fall weiterarbeiten und ein großer Teil der Frauen auch. In der folgenden Woche hat die Geschäftsleitung noch in Verhandlungen auf Entlassungen verzichtet und drei Streiktage bezahlt.

Zum Streikkomitee

Entgegen den Behauptungen in der Roten Fahne war das Streikkomitee nicht gewählt, sondern bestand aus einer Gruppe Frauen verschiedener Nationalitäten (keine Deutschen), einfach der Aktivsten. Diese Frauen riefen immer abwechselnd die Parolen, forderten die Arbeitenden auf, rauszukommen und redeten auch darüber, was man tun könne. Ihre Aktionen:

a) Besetzung der Torlinie, um das Schließen des Werktores zu verhindern
b) Zusammenkommen im Betrieb nach dem Durchbruch des Streiks am Donnerstag
c) Besuch im Verhandlungsraum
d) Musik und Tanzen, Klatschen, etc.

sind alle durch Männer zu verhindern versucht oder abgebrochen worden. Diese Männe, IGM-Dolmetscher, KP Griechenland und griechischer Kulturkreis Düsseldorf bestimmten den Verlauf und verloren nur ein einziges Mal (Donnerstag – Pause) kurz die Kontrolle über den Streik. Sie ließen die Frauen agitieren, solange es lief und griffen zwischendurch ein, indem sie die Forderungen nochmals aufgriffen, ein bißchen über Solidaritätstelegramme erzählten und ansonsten entschieden, was zu tun und was zu lassen sei. In unsicheren Phasen kamen zwei oder drei Frauen, fragten etwas, kriegten eine Antwort und sausten wieder ans Megafon und führten sofort aus. Überspitzt kann man sagen: die Männer führten sich als die Gehirne auf mit einem Plan und ließen sich von den Frauen keinen Strich durch die Rechnung machen. Die Abhängigkeit der Frauen des Streikkomitees lief teilweise über ihre Ehemänner, die KP-Mitglieder, offenbar ihre Obermacker, unterstützten. Allerdings – und das ist die schwierige Diskrepanz – haben die Frauen selber mit ihrer Aggressivität und Ausdauer bis zur Ohnmacht (eine ist am Megafon zusammengeklappt) die Szene und den Charakter bestimmt und eigentlich die Männer recht oft überrannt, so daß die Mühe hatten, wenn sie die Situation wieder unter ihre Kontrolle bringen sollten. Bei der Torbesetzung und bei dem Abstellen der Musik hat es bös Krach gegeben, den die Männer einfach durch Einsatz körperlicher Kräfte entschieden.

OPEL Bochum "heja, heja wir wollen 300 Mark."

Am Dienstag, 22. 8. 1973, begann Opel Bochum als erster Großbetrieb im Sommer 1973 für eine Teuerungszulage zu streiken. Vorausgegangen war eine Verschärfung der Arbeitshetze mit unzähligen Sonderschichten seit Herbst 1972. Die Knochenarbeit brachte dem Opel-Konzern ein Rekordjahr von 80 % Mehrgewinn = 461 Mill. DM, für die Arbeiter außer kaputten Nerven und Gesundheitsschäden ein effektiv niedrigeres Einkommen (allgemeine Teuerung von 20 %). Auf den Belegschaftsversammlungen artikulierte sich die Wut darüber. Auf der Versammlung vom 28. 6. 1973 einigte sich die Belegschaft von Werk I und Werk II auf folgende Forderungen:

Arbeitszeit von 6–14 Uhr und von 14–22 Uhr, einschl. bezahlter Pausen;
Klimaanlagen! Als Sofortmaßnahme Kurzpausen!
Weihnachtsgeld auf der Grundlage von 185 Stunden;
mind. 1 Tag bezahlter Sonderurlaub für alle;
als wichtigste wurde die Forderung nach 100 DM mehr im Monat als Teuerungszulage gestellt.

Am 14. 8. 1973 marschierten in der großen Pause ca. 30 Vertrauensleute auf Drängen der Belegschaft zu Sonak (Vorsitzender des Vertrauenskörpers) und Perschke (Betriebsratsvorsitzender). Die Vertrauensleute forderten 250 –300 DM Teuerungszulage auf die Hand. Sowohl Sonak wie auch Perschke trugen dem Betriebsratausschuß (11 Mitglieder) nur die Forderung von 250 DM Teuerungszulage vor. Als sie deswegen scharf kritisiert wurden, antwortete Perschke: „Die Vertrauensleute haben 250 DM gefordert. Ihr Wille ist mir heilig. Auch wir haben geschwankt, ob wir 2 000 DM oder 2 500 DM fordern sollten." Auf Druck der Belegschaft und der Vertrauensleute mußte die Forderung von 300 DM Teuerungszulage auf der Gesamtbetriebsratsversammlung in Rüsselsheim vorgetragen werden.

Am Dienstag., 21. 8. 1973, wurden alle Forderungen grundsätzlich abgelehnt. Die Betriebsleitung weigerte sich auch, darüber Verhandlungen aufzunehmen. Als das Ergebnis am Mittwoch im Betrieb bekannt wurde, legte die Frühschicht im Werk II (Chassisbau, Motorenbau), nachdem das Ergebnis in der Pause diskutiert wurde, die Arbeit nieder. Im Hauptwerk I (ca. 11 000 Arbeiter (Preßwerk, Kühlerbau, Karosseriewerk, Lackiererei und Endmontage)) ging der Streik wie schon 1970 vom Preßwerk aus. Die Arbeiter dort bildeten einen Zug, der mit dem Ruf „Heja, Heja, wir wollen 300 DM" von Halle zu Halle zog. Der Zug schwoll unaufhörlich an und noch vor Schichtwechsel stand fast das ganze Werk still. Die Mittagsschicht nahm die Arbeit gar nicht erst auf. Auch das kleinste Werk III (Zentral-Ersatzteillager) schloß sich an. 19 000 Opel-Arbeiter standen im Streik!

Viele Arbeiter trafen sich auf der Wiese vor dem Verwaltungsgebäude. Sie diskutierten über die Forderungen, den Streikverlauf und genossen das schöne Wetter. Die meisten der Arbeiter blieben aber in den Hallen. Die Geschäftsleitung hatte bei Streikbeginn gleich geschaltet und alle Meister informiert, daß sie die Arbeiter an den Arbeitsplätzen halten sollten. Die Meister sagten: „Wer an seinem Arbeitsplatz bleibt, der kriegt die Schicht bezahlt, und wer auf die Wiese geht, der bekommt nichts." Mittwochmorgen war es den Arbeitern noch möglich, Informationen der Werke in Langendreer und Laer auszutauschen. Am Nachmittag wurden aber die Tore dicht gemacht und nichts und niemand kam aus dem Betrieb rein oder raus.

Am Donnerstag wird der Streik fortgesetzt. Die Geschäftsleitung versucht, indem sie die Bänder zu Schichtbeginn anlaufen läßt, die Streikfront aufzuweichen. Dieses gelingt aber nicht. In fast allen Abteilungen müssen die Bänder nach wenigen Minuten wieder abgestellt werden. Da wo die Einschüchterungsversuche der Meister Erfolg haben, werden die Streikbrecher von Kollegen aus anderen Abteilungen daran gehindert weiterzuarbeiten. Während des Schichtwechsels verlassen zwei Transporter, mit dem neuen Kadett beladen, das Werksgelände. Diese sind vorerst die letzten Autos, die ausgeliefert werden können. Ein Zug, der auch versucht, das Werk zu verlassen und voller Kadetts ist, wird von den Streikenden aufgehalten. Man setzte sich einfach auf die Schienen und diskutierte mit dem Lokführer über den Streik und die Teuerungszulage. Mit einem Aushang will die Geschäftsleitung den Streikenden Angst einjagen; sie verkündet, daß jeder, der sich am Streik beteiligt, den Arbeitsvertrag bricht und keinen Anspruch auf Lohnzahlung und Lohnfortzahlung hat. Dieses läßt die Opel-Arbeiter aber kalt. Auch die Mittagsschicht, die als die radikalere gilt, setzt den Streik fort.

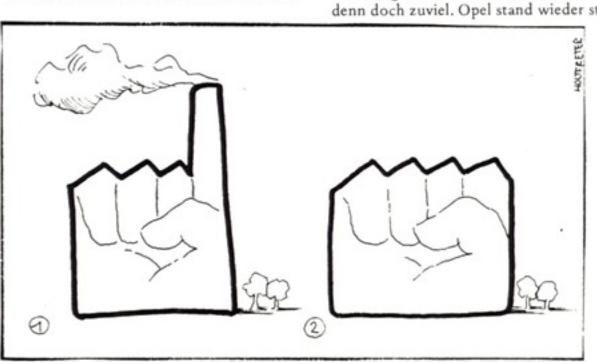
In Rüsselsheim wird unterdessen verhandelt. Keiner weiß genaueres über die Verhandlungen. Man spricht über eine Leistungs- und Akkordzulage. Als die Mittagsschicht das Werk verläßt, sind die Kollegen sich einig. Morgen streiken wir weiter!

Am Freitag, 24. 8. 1973, geht der Streik weiter. Am Vormittag gibt Perschke das Ergebnis der Verhandlungen in Rüsselsheim bekannt:

- Leistungs- und Akkordzulagen von 15 Pfg. pro Stunde (das macht rd. 30 DM mehr im Monat aus);
- 180 DM Teuerungszulage für die Monate Juli bis Dezember;
- 100 DM Vorschuß auf das Weihnachtsgeld.



Alle anderen Forderungen sind vom Verhandlungstisch verschwunden. Auch von der Bezahlung der Streikschichten ist nicht die Rede. Ein Großteil der Opel-Arbeiter geht murrend in die Hallen an die Arbeit zurück. Während aberdie Arbeit z. T. wieder aufgenommen wird, spricht es sich herum, daß die Streikschichten nicht bezahlt werden. Dieses bedeutet aber, daß der Streik völlig umsonst gewesen wäre, den die läppischen 280 DM würden gerade den Lohnausfall decken. Vielen Opelanern, die schon am Donnerstag nicht mehr so ganz für den Streik waren – die Drohungen der Meister und die Ungewißheit über die Verhandlungen in Rüsselsheim nagten an der Solidarität –, war das denn doch zuviel. Opel stand wieder still!





An diesem Freitag bildete sich auch ein Zug von über tausend Arbeitern, die von Werk I zu Werk II ziehen wollten, um dort eine große Streikversammlung abzuhalten. Dieses wurde aber von einem Mitglied der Vertrauenskörperleitung (der auch Mitglied der DKP ist) verhindert. Als der Zug schon das Werk verlassen hatte, beschwor er die Streikenden, die Geschäftsleitung von Opel nicht noch zu reizen und das Werk zu verlassen. Daraufhin kehrten alle wieder in das Werk zurück.

Das Wochenende war für die Geschäftsleitung der Adam Opel AG die große Chance, die Streikfront aufzuweichen. Und genau das versuchte sie auch. Alle 19 000 Arbeiter bekamen einen Brief ins Haus geschickt. In diesem Brief legte man noch einmal die Angebote vor, mit denen Perschke schon vor der Belegschaft durchgefallen war, und drohte damit, daß auch diese hinfällig werden, wenn am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde. In der Isolation des trauten Heimes wurden dann auch die meisten Opel-Arbeiter von ihren Frauen weichgekocht.

Am Montag, 27. 8. 1973, waren die Bosse von Opel sehr gut vorbereitet. In Werk I waren überall Werksbullen, Meister und Obermeister postiert, die jeden aufschrieben oder fotografierten, der nicht arbeiten wollte. Ganz besonders hatte man sich auf das Preßwerk konzentriert. Hier, in der Abteilung, von der der Streik ausgegangen war, trieben sich ungefähr 500 Bullen, Werksbullen (z. T. aus Rüsselsheim und Kaiserslautern herbeigeschafft), Meister und Obermeister herum. Hier war auch die Überwachung besonders scharf. Hier wurde an jeder Ecke fotografiert, aufgeschrieben und angetrieben. Jeder der mit seinem Nachbarn am Arbeitsplatz sprach wurde notiert, jeder der zur Toilette ging wurde von ein bis zwei Werksbullen verfolgt und fotografiert. Damit hatten die Kollegen nicht gerechnet. Keiner wagte es auch nur von seiner Arbeit aufzusehen. Keiner sprach ein Wort. Trotz aller Repressionen und Angstmachereien traf sich in der Pause um 11 Uhr eine kleine Gruppe von ungefähr 30 Mann und zog dann durch die anderen Hallen. Aber niemand schloß sich ihnen an, so daß sie sich nach einiger Zeit wieder auflösten. Eine halbe Stunde später formierte sich dann wieder ein Zug von rd. 1 000 Arbeitern, die dann auch wieder auf der Wiese

erschienen. Diese 1 000 Arbeiter verhinderten, daß ein vollbeladener Zug das Werksgelände verließ. Sie setzten durch, daß alle Autos von diesem Zug wieder heruntergefahren wurden. Kurz vor Ende der Frühschicht wollte dann ein Teil der Streikenden zur Endmontage gehen, weil dort noch gearbeitet wurde. Dazu kam es dann aber nicht mehr, weil der Großteil der Streikenden sich auf eine Diskussion mit Meistern und Typen von der Geschäftsleitung einließ. Die Mittagsschicht nahm die Arbeit wieder auf und es wurde auch kein Versuch unternommen, den Streik fortzuführen.

Auch in Werk II in Langendreer waren an diesem Montagmorgen die Repressionen sehr groß. Hier drohten die Meister: „Wer auf die Wiese geht, der kann auch gleich nach Hause gehen!“ Trotzdem wurde hier weitergestreikt. Nur etwa 10 % der Belegschaft von Werk II wollte arbeiten. Alle anderen haben erst gar nicht mit der Arbeit begonnen. Aber auch hier war die Unsicherheit sehr groß. Auf die brennende Frage, ob in Werk I auch gestreikt werde, konnte niemand eine Antwort geben. Alle Verbindungen zwischen den beiden Werken waren unterbrochen. Als dann kurz vor der Pause die Nachricht kam, daß in Werk I gearbeitet werde, brach der Streik auch hier zusammen. Man hatte trotz der massiven Drohungen ausgehalten und auf der Wiese gesessen.

Schleimer und Arschkriecher

Die Geschäftsleitung hatte gesiegt. Niemand, weder in Werk I noch in Werk II sprach über den Streik. Niemand dachte daran, den Streik wieder aufzunehmen. In dieser Siegesstimmung ging man gleich daran, die Agitatoren zu entlassen. Mittlerweile hat man sieben Leute, darunter zwei Vertrauensleute entlassen. Gleichzeitig ließ die Geschäftsleitung durchsickern, daß alle diejenigen, die an den Streiktagen ihren Arbeitsplatz nicht verlassen hatten, die Streiktage bezahlt bekämen. Wie es sich aber schon bald herausstellte, stimmte das nicht. Die Bezahlung der Streiktage wird durchweg nur denen zugesagt, die sowieso als Schleimer und Arschkriecher in den Abteilungen bekannt sind. Um aber allen das durch die unbezahlten Streiktage verlorene Geld wieder zukommen zu lassen, haben der Betriebsrat und die Geschäftsleitung ein faules Abkommen geschlossen. Die Opel-Arbeiter dürfen durch zusätzliche Samstagsschichten das wieder hereinholen, was ihnen auch so zusteht. Das aber war vielen Arbeitern denndoch zuviel des Entgegenkommens. Wenn sie schon nicht mehr aktiv streikten, so wollten sie diese Schweinerei denn doch nicht über sich ergehen lassen und blieben zu einem großen Teil an den Samstagen, wo die Sonderschichten gefahren wurde, zuhause und verweigerten somit passiv die Arbeit.

Die letzte Meldung ist, daß nun auch diese Sonderschichten nicht (vorerst jedenfalls) gefahren werden. Der Betriebsrat, der alle Sonderschichten, die die Adam Opel AG fahren will, genehmigen muß, hat diese jetzt abgelehnt. Da Opel aber daran interessiert ist, daß diese Schichten laufen (der neue Kadett wird schon wieder ein Schlager), wurde der Fall an einen Vermittlungsausschuß weitergegeben. Dieser muß dann über die Frage der Sonderschichten entscheiden.

Die Deutschen und die Ausländer

Zum Verhältnis von Deutschen und Ausländern, Fach- und Massenarbeitern bei Opel

Der Streik bei Opel/Bochum war ein deutscher Streik, d. h. er wurde begonnen, getragen und geprägt von deutschen Fach- und Massenarbeitern. Die ausländischen Arbeiter machten mit, spielten aber keine exponierte Rolle, weder als radikale Avantgarde noch als Streikbrecher. Die relativ geringen Spannungen zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern haben verschiedene Ursachen. Zum einen sind bei Opel/Bochum verhältnismäßig wenig ausländische Arbeiter beschäftigt, ca. 2 500 bei einer Belegschaft von 19 000. An den Bändern stehen viele Deutsche, d. h. viele deutsche Arbeiter machen die Arbeit, die in anderen Betrieben fast ausschließlich von Ausländern gemacht wird, weil zum einen das Zechensterben und die Rationalisierungen in der Stahlindustrie einen rapiden Schwund an Arbeitsplätzen mit sich brachten. Zum anderen findet im Ruhrgebiet eine sehr niedrige Qualifikation der Arbeitskräfte statt durch die immer noch einseitige Ausrichtung auf die Schwerindustrie (25 % der Hauptschüler schaffen keinen Hauptschulabschluß; vgl. Stufenausbildung bei Krupp).

Schlüssel zum Profit

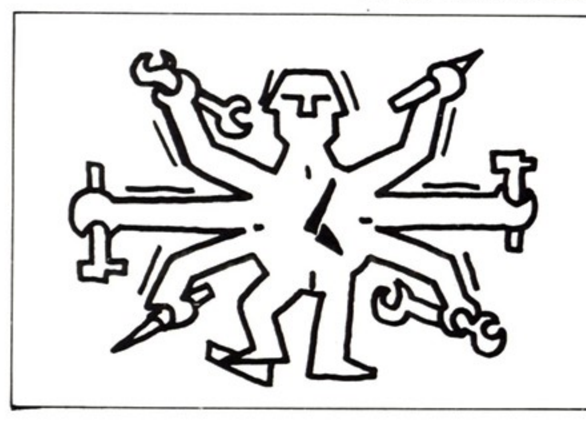
Auch die Lebensbedingungen der Deutschen und Ausländer sind im Ruhrgebiet nicht so unterschiedlich wie in anderen Großstädten oder Industrieregionen. Die Wohnungen im Ruhrgebiet sind durchweg kleiner und schlechter als anderswo. Das Ruhrgebiet hat mit 4.619,– DM das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aller Industrieregionen: in Hamburg ist das Pro-Kopf-Einkommen 6.270,– DM, im Rhein-Main-Gebiet 6.380,– DM und in München 6.500,– DM.

Die Ausländerfrage steht im Revier nicht erst seit den 60er Jahren an, sondern prägt die ganze Geschichte des Ruhrgebiets. Hier gibt es keine alteingesessene Bevölkerung, wer hier lebt, tut das höchstens seit zwei bis drei Generationen. Der Großteil kam mit den polnischen, tschechischen und ostdeutschen Einwanderern Ende des letzten Jahrhunderts bis in die 20er Jahre. Und die Zahl dieser Einwanderer ist viel höher als die der heutigen Arbeitsemigranten aus den südlichen Ländern. Wenn man selbst Emigrantenerfahrung hat und mit den ausländischen Arbeitern dieselbe unerträgliche Arbeitssituation teilt, fallen die wichtigsten Ursachen weg, an denen sonst der Spaltungshebel angesetzt werden kann. Deshalb herrscht natürlich noch lange nicht eitel Freude und Einigkeit: „Die sitzen in ihrer Ecke und wir in unserer.“ Im allgemeinen fühlt man sich immer noch unter Landsleuten wohler, die versteht man besser, die sind einem ähnlicher. Wenn man ausländische Arbeiter nach ihrem Verhältnis zu den deutschen Kollegen fragt, bekommt man zur Antwort: „Wir können ohne die deutschen Kollegen nichts machen. Wenn sie etwas machen, ist es gut und wir machen mit. Wenn sie nichts machen, können wir auch nichts machen.“

Die Bänderabteilungen, in den meisten Betrieben reine Ausländerghettos und durch die schlechtesten Arbeitsbedingungen meist Ausgangspunkt von Aktionen, spielen diese Rolle bei Opel/Bochum nicht.

Aufgrund der ökonomischen Krise im Ruhrgebiet und den vielen Freisetzungen ist der Anteil der Ausländer wesentlich geringer als im Bundesdurchschnitt. Ende 1972 waren im Ruhrgebiet nur 7,7 % der Beschäftigten Ausländer, im übrigen Nordrhein-Westfalen 12 %, im Bundesdurchschnitt knapp 11 %.

Trotz der geringen Quote von Ausländern sind diese besonderer Behandlung von Opel unterworfen. Die meisten Ausländer sind nur ein halbes Jahr bei Opel. Seit Anfang 1973 werden außerdem die als radikal eingeschätzten Spanier nach und nach durch Türken ersetzt. Diese Taktik läßt sich exemplarisch am Kühlerbau, einer Abteilung, von der auch die Produktion in Rüsselsheim abhängig ist, verfolgen. Zum einen wurden hier besonders rechte Vertrauensleute und Meister eingesetzt, zum anderen Türken, die größtenteils erst einige Wochen in Deutschland waren, als derStreik begann.



Radikalste Abteilung: das Preßwerk

Im größten Werk I ist seit jeher die radikalste Abteilung die D 3 – das Preßwerk. Die Streikinitiativen gingen in den letzten Streiks regelmäßig – auch diesmal von den Facharbeitern in dieser Abteilung aus. Es sind Schnittbauer, die in Bochum in der gleichen Halle wie die Arbeiter an den Pressen arbeiten. Durch das Zusammenlegen von in anderen Betrieben getrennten Abteilungen ergibt sich eine unerträgliche Arbeitssituation. Der massive Schleifstab, der früher oder später zu einer Staublunge führt, mischt sich mit dem verdampfenden Öl der Pressen. In der Halle herrscht eine unerträgliche Hitze, die Klimaanlagen sind veraltet, der infernalische Krach der Pressen strapaziert Nerven und Gesundheit.

Trotzdem ist die Kommunikation in dieser Halle die beste im ganzen Werk. Anders als die Bandarbeiter können die Schnittbauer sich freier bewegen, die Arbeit mal eine halbe Stunde lang liegen lassen, miteinander reden bzw. brüllen. Die Abteilungskantine – die größte im ganzen Werk – ist ständig bevölkert, den ganzen Tag über sind hier Gruppen von Arbeitern, während die meisten aus den anderen Abteilungen nur in der Pause miteinander reden können.

Zu der relativ größeren Radikalität dieser Abteilung trägt bei, daß von den Werkzeugmachern, die bei Opel eine Lehre machen, die meisten anschließend auf eine Schule o. ä. gehen. Von denjenigen, die übrigbleiben, kommt der größte Teil ins Preßwerk. Die Mischung von festgelegter Lebensperspektive als Malocher und extrem schlechten Arbeitsbedingungen, andererseits die starke Kommunikation untereinander ergeben so eine explosive Mischung.

Alle Vorstellungen, die darauf hinauslaufen, daß die unqualifizierten Massenarbeiter die radikale und kämpferische Avantgarde des Streiks darstellten und unter ihnen vor allem die Ausländer, daß auf der anderen Seite die Facharbeiter ängstlich auf das Werkswohl bedacht und somit gegen den Streik eingestellt waren, sind falsch. In Wirklichkeit war dies viel differenzierter. Die Facharbeiter im Preßwerk begannen schon traditionell den Streik. Die Beteiligung von Abteilungen mit Fließband am Streik war sehr groß, insgesamt war sie stärker als bei den Facharbeitern, wo manchmal ganze Ko-

Liebe Kollegen
euer uner-
müdlicher
Betriebsrat
hat seit 50
Stunden kein
Kissen unterm
Kopf gehabt

lonnen immer wieder versuchten, die Arbeit aufzunehmen. Aber auch in Bandabteilungen, besonders da, wo Türken arbeiten, war die Streikteilnahme zögernd. Diese Widersprüche in der Belegschaft haben Gründe, die mit der besonderen Situation der Arbeiter bei Opel zu tun haben.

Um den Streik bei Opel/Bochum zu verstehen, muß man wissen, daß Opel für viele Bergleute und Stahlarbeiter, oft nach häufigen Berufs- und Arbeitsplatzwechseln, die letzte Möglichkeit ist, einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Zudem zahlt Opel in Bochum die höchsten Löhne. Trotz der fürs Ruhrgebiet hohen Löhne, daß im Gegensatz zur Stahlindustrie nicht in drei, sondern in zwei Schichten gearbeitet wird, daß es keine Samstags- und Sonntagsarbeit gibt und keine Weihnachtsarbeit, versuchen viele an Opel vorbeizukommen: „Da mußte ran, da ist es aus mit dem Lenz.“

Die Arbeitssituation in der Stahlindustrie und im Bergbau unterscheidet sich grundsätzlich von der bei Opel. Dort steht nicht einer am andern wie bei Opel (z. B. steht an einer Walzstraße, wo früher 20 Arbeiter standen, durch die Rationalisierungen heute nur noch einer), die Arbeit ist viel lascher, von den acht Stunden werden vielleicht sechs gearbeitet. Die Kontrolle ist nicht so scharf. Im Bergbau war das Verhältnis zu den Meistern ein ganz anderes, die man für jede Vergünstigung schmieren konnte und mußte (siehe Interview). Opel ist dagegen eine Kaserne, ein Zuchthaus, wo man beständig von Maschinen und Meistern getrieben wird. Dazu gehört auch, daß der Werksschutz der stärkste und schärfste in Bochum ist, daß man zur Einstellung einen Beschäftigungsnachweis in einem anderen Betrieb braucht (keine vorübergehend Arbeitslosen) und ein polizeiliches Führungszeugnis.

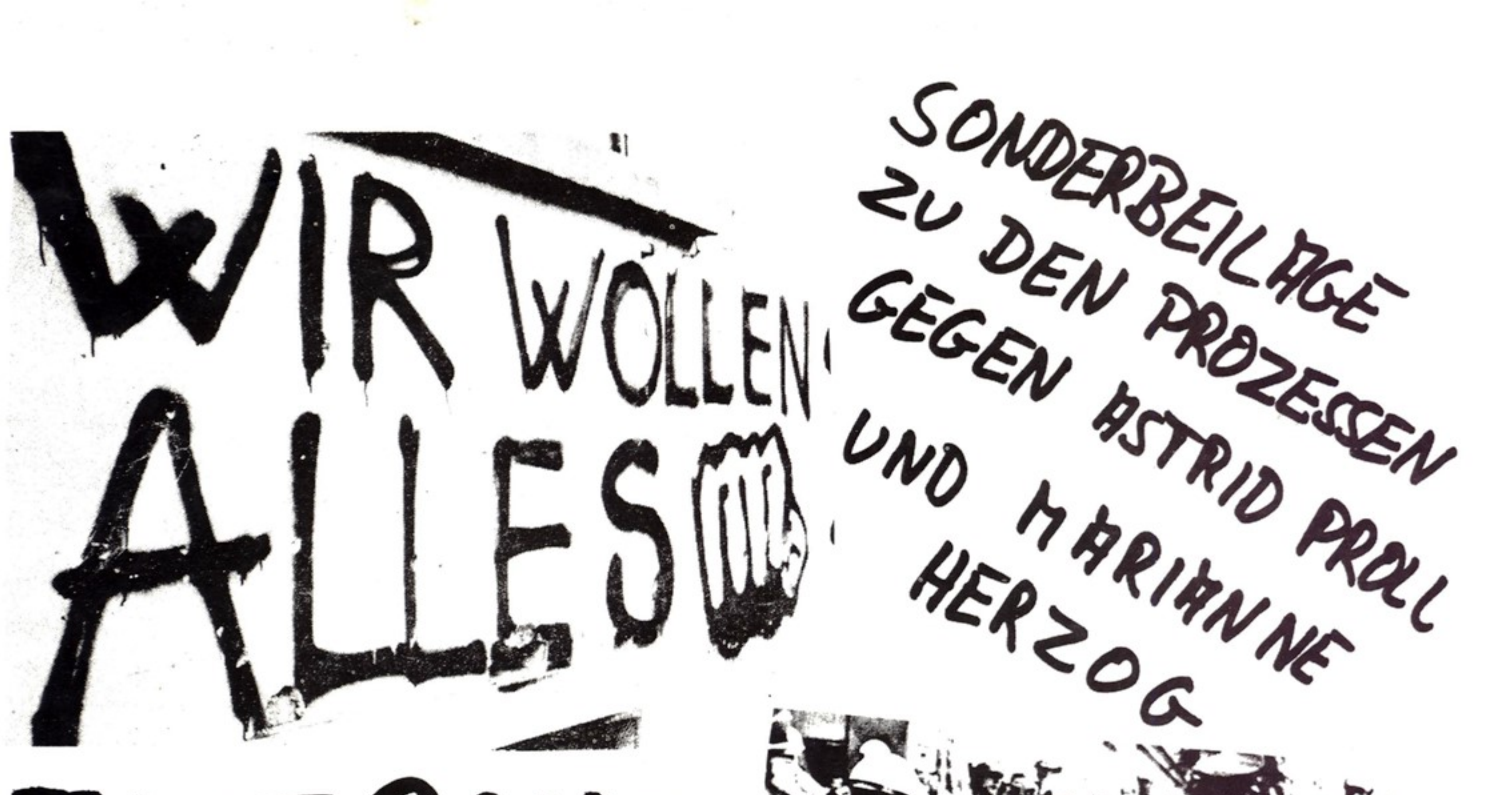
Diese Situation produziert Widersprüche innerhalb der Belegschaft zwischen Arbeitern, die nur Opel kennen und solchen, die z. B. von einer kaputtgegangenen Zeche in die andere verschoben wurden. Und Widersprüche zwischen denen, die das Krepieren von Industriezweigen mit all ihren katastrophalen Folgen für die Arbeiter mitgemacht haben. Die einen radikalisiert diese Erfahrung, ein Großteil aber zerbricht daran. Die Angst um die nackte Existenz verschlingt alles andere.

Diese kollektiv so schwierige Situation, daß, wenn man bei Opel rausgeschmissen wird, es unheimlich schwer ist, einen entsprechenden Arbeitsplatz und Lohn zu finden, erschwert auch die Herausbildung einer radikalen Avantgarde.

Die Kampfformen

Die Taktik der Geschäftsleitung war von der ersten Streikminute an, die Arbeiter massiv daran zu hindern, Umzüge zu machen und sich auf der Wiese zu treffen. Wer sich am Arbeitsplatz aufhielt oder in dessen Umkreis, wurde als „Arbeitswilliger“ eingestuft, der die Streiktage bezahlt bekommt. Wer das nicht tat, wurde als „arbeitsunwillig“ aufgeschrieben, dem die Streiktage nicht bezahlt werden. Einige als radikal bekannte Kollegen, hatten die ganze Zeit einen Meisten an

Fortsetzung Seite 13



AUFRUF

Bulleneinsatz bei Ford Köln

Am 27. September 1973 beginnt im Frankfurter Vorort Sindlingen der Prozeß gegen Astrid Proll, am 1. Oktober 1973 gegen Marianne Herzog.

Wie bei den bisherigen Prozessen gegen inhaftierte Genossen der RAF kann man auch diesmal einen ungeheuren Aufmarsch militarisierter Polizeimacht erwarten. Das schon während der Verfolgungswelle durch den Staat und Teile der bürgerlichen Presse geschürte Feindbild soll in diesen Schauprozessen weiter verfestigt werden. Nicht die gesellschaftliche Situation in diesem Lande, nicht die politische Motivation der Genossen, nicht ihr politisches Handeln sollen zur Sprache kommen, sondern die Kampagne des Staates zur Kriminalisierung und Diffamierung der politischen Gefangenen wird fortgeführt. Astrid Proll als eiskalte, schießwütige Polizistenkillerin, die RAF-Genossen überhaupt als Kriminelle und das vermeintliche „Gehirn" der RAF, Ulrike Meinhof, als unzurechnungsfähige Irre hinzustellen, das ist die durchgängige Strategie des Staates.





Dagegen müssen wir was machen. Wir müssen eine Argumentation und Agitation entwickeln, die im Bewußtsein der Bevölkerung dieses Feindbild abbaut und zeigt, wer der tatsächliche Feind der Leute ist. Das werden wir nicht hinkriegen, indem wir über Völkermord in der Dritten Welt, über Imperialismus reden und zeigen, daß auch das westdeutsche Kapital und der BRD-Staat damit was zu tun haben. Das mag zwar ein Grund und eine Motivation der RAF-Genossen für ihren Kampf gewesen sein. In der Vermittlung (Agitation) bleibt das dagegen immer abstrakt und irgendwie moralisch. Wir müssen uns selbst eingestehen, daß die Leute in der Stadt, die müde und abgeschafft aus den Fabriken und Büros nach Hause schlurfen, in ihrem Bewußtsein zunächst mal einen Scheiß mit den revolutionären Befreiungsbewegungen in Vietnam und Palästina zu tun haben – außer über das Fernsehen als Konsumenten eines fernen Spektakels.

Vielmehr können wir ganz konkret den Leuten an jedem einzelnen Fall zeigen, wie der reformistische „Rechtsstaat" mit seinen politischen Gegnern umspringt. Wie die sog. Rechtsstaatlichkeit in den Prozessen außer kraft gesetzt wird und wie hinter den Mauern der Knäste „Rechtsstaat" und Grundrechte scheinbar total unbekannte Vokabeln (Begriffe) geblieben sind. Und wir können klarmachen, daß zwischen diesen „Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit" und der alltäglichen Erfahrung des bestehenden Gewaltsystems durch die Menschen in den Fabriken, Büros, in den Städten auf den Straßen und in den Wohnsiedlungen durchaus ein Zusammenhang besteht. Wenn einer krank wird, fliegt er aus seiner Stellung, wenn einer nach der Polizeistunde sich noch besäuft, wird er zusammengeschlagen von den Bullen, wenn einer ohne Führerschein mit dem Auto vor den Bullen abhaut, kann's ihm passieren, daß er kurzerhand erschossen wird, wenn wir eine Demonstration machen, werden wir von den Wasserwerfern mit Giftgas angesprüht, wenn Ausländer vor ihrem Haus ein Straßenfest machen, werden Männer, Frauen, Kinder niedergeknüppelt. Wir können verständlich machen, daß die, die die Schnauze davon voll haben, sie nicht mehr halten, sondern anfangen sich zu wehren. So können wir erklären, weshalb die Genossen von der RAF angefangen haben, gegen diese erdrückende und scheinbar übermächtige Repression zu kämpfen. Da wir eine solche Gegenagitation nicht alleine schaffen, rufen wir Euch auf, zum Prozeßbeginn für ein paar Tage nach Frankfurt zu kommen.

Freitag, den 28. 9. 1973
Demonstration in der Innenstadt
zum Prozeßbeginn von Astrid Proll
Diskussionen über den weiteren Verlauf der Agitation. Flugblätter, Fotos, Stände, Zeitungen, Straßentheater, Filme über Gefängnisse. Wenn wir genug sind, könnten wir einen massenhaften Hungerstreik in Frankfurt auf der Zeil (Fußgängerbereich) machen. 1 000 Genossen aus der ganzen BRD für 3 Tage.

DEMONSTRATION

in Frankfurt

Freitag 28.9. 12.00 Uhr Opernplatz

Mal sehen, was die Bullen machen, wenn in Frankfurt tatsächlich 3 Tage lang solch ein friedlicher Rummel in der Innenstadt wäre.

Genossen, schreibt, macht Vorschläge, seid solidarisch, **kommt** und diskutiert und helft uns agitieren.

Obgleich die „Linke" während der Verfolgung der RAF-Genossen (aus Angst oder aber auch aus Unsicherheit über die Konzeption der Stadtguerilla?) ziemlich leise getreten hat und anfangs auch mehr oder minder betreten geschwiegen hat, als die Genossen im Knast durch monate- und jahrelange Isolation und andere „wissenschaftliche" Foltermethoden schlicht fertiggemacht werden sollten, darf diese Knastkampagne nicht mehr nur Ausdruck unseres schlechten Gewissens gegenüber den RAF-Genossen und anderen politischen Gefangenen sein; darf auch nicht nur in der Gewißheit erfolgen, daß wir uns mit der Alarmierung der liberalen, „rechtsstaatlichen" Öffentlichkeit selbst am besten schützen. Die Kampagne muß vielmehr verstanden werden als ein wichtiger Punkt einer revolutionären politischen Initiative gegenüber Polizei, Justiz und Knast. Wir wollen alles – deshalb muß unser Kampf auch hinter den Mauern der Knäste weitergehen!

Diese Initiative richtet sich einerseits ganz konkret auf die Verbesserung einzelner Knastbedingungen. Und zwar für alle Gefangenen, für die politischen wie die politisch noch nicht bewußt kämpfenden Gefangenen. Zum anderen muß in dieser Initiative zugleich eine gesellschaftliche Alternative zum Strafen, das heißt eine revolutionäre Perspektive immer mehr sichtbar werden und damit in das Bewußtsein der Leute gerückt werden. „Freiheit für alle Gefangenen" und „Reißt die Mauern ein, holt die Menschen raus" dürfen nicht mehr utopistische Parolen bleiben, sondern müssen inhaltlich konkretisiert, verständlich und wollenswert gemacht werden.

Um wirklich was zu verändern, das wird lange dauern. Aber wir sollten jetzt damit beginnen.





DIE RAF, DI[E] ... DIE STRATE[G] ...

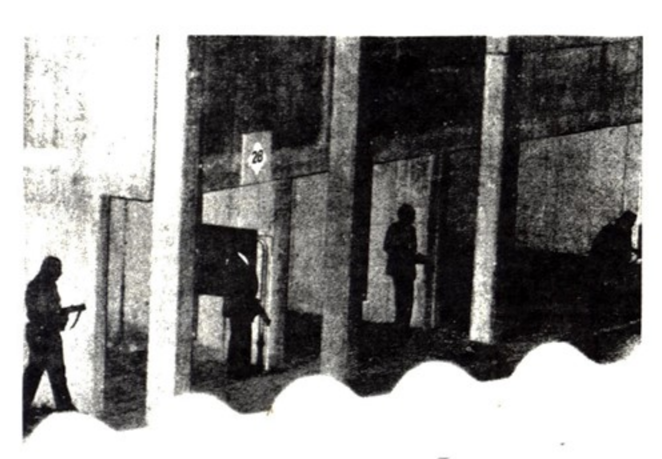
Ein Vorschlag zur Diskussion

Die schweigende Mehrheit der Linken hat das Funktionieren der staatlichen Gewaltmaschinerie während der Jagd auf die RAF nicht zum solidarischen Handeln kommen lassen.

Wir haben gefunden, daß bei uns die Angst die Quelle der Handlungsunfähigkeit war. Alle linken Gruppen haben die Angst mit teilweiser oder völliger Distanzierung, mit nervösen politischen Erklärungen verdeckt. Wenn die Auseinandersetzung mit der RAF uns dazu geführt hätte, den bewaffneten Kampf zu akzeptieren, hätten wir uns öffentlich mit der RAF solidarisieren müssen. Wir wären mit ihr identifiziert worden. Wir hatten ganz gewöhnliche Angst, selbst der Verfolgung ausgesetzt zu werden, Angst vor Berufsverbot usw. Diese Angst war nicht völlig unrealistisch, sie verhinderte jedoch die Handlungsfähigkeit.

Völliger Verlust von Orientierung war der Gehalt der Angst. Stellungnahmen drückten meist Distanzierung von der RAF aus – verpackt in schwache Solidaritätsadressen. In solchen Situationen gibt es nur eine Chance, die Angst aufzulösen: eine umfassende Diskussion über Stadtguerilla. Nicht um sich abzusetzen, sondern um politische Sicherheit und Klarheit, woraus wir dann unsere wirklichen Möglichkeiten entwickeln können, zu gewinnen. Im folgenden sollen einige Fragestellungen zur RAF-Diskussion angerissen werden.

Wir schlagen vor, die Auseinandersetzung auf zwei Ebenen zu führen: Erstmal die RAF aus den Erfahrungen der Studentenbewegung heraus überhaupt zu verstehen und sie zu beziehen auf die Konsequenzen, die andere Organisationen rund um das Jahr 1970 gezogen haben. Ferner die Übertragung des Konzepts Stadtguerilla aus der Dritten Welt mit einer Einschätzung der politischen Situation in den Metropolen von heute zu konfrontieren.



Scharfschützen im Basement des olympischen Dorfs

1. Die RAF hat bestimmte Diskussionen aus der Studentenbewegung ernst genommen. Die Genossen haben dieselbe Erfahrung gemacht wie die meisten anderen Genossen, die an der Protestbewegung teilgenommen haben. Im Februar 1968 erklärten die am Berliner Vietnamkongreß beteiligten Gruppen, darunter der SDS: „In dieser Situation muß die Oppositionsbewegung in den kapitalistischen Ländern ihren Kampf auf eine neue Stufe heben, ihre Aktionen ausweiten, verschärfen und konkretisieren. Die Oppositionsbewegung steht vor dem Übergang vom Protest zum politischen Widerstand."

Widerstand hieß für die RAF Widerstand gegen den Imperialismus. Antiimperialismus war zum Schluß der gemeinsame Nenner der verschiedenen Teile der Studentenbewegung. Die KPDs suchten zunächst den Weg zur Eroberung der Macht darin, die proletarischen Massen mit den Vorschriften der proletarischen Revolution vertraut zu machen. Ein finsterer Trip, der allmählich verschwindet und einer wirklichen Zusammenarbeit von Intellektuellen und Arbeitern Platz macht.

Im Gegensatz zur KPD hielt die RAF einige wichtige und richtige Erfahrungen der Studentenbewegung fest. Sie äußerte beständig die Kritik an der allseitigen Unterdrückung, an der Falschheit und Unmenschlichkeit aller Beziehungen im Kapitalismus. Sie fiel von der Sprengkraft militanter Aktionen nicht zu den gezähmten Regelspielen der bürgerlichen Ordnung zurück – wie die Parteien –, um sich dem Rechtsbewußtsein der Massen anzupassen.



Der Satz „Unsere Bomben fallen ins Bewußtsein der Massen" kennzeichnet die Verlängerung der exemplarischen Aktion der Studentenbewegung als Aktion einer organisierten Minderheit. Zwischen der verhinderten Auslieferung der Bild-Zeitung und den Bomben bei Springer besteht der wichtige Unterschied, daß eine massenhafte Regelverletzung aktive Politisierung ist, während die Bombe bestenfalls passiv als gelungener Schlag gefeiert werden kann.

Dennoch: Eine geworfene Bombe sagt, daß die Revolution aktuell ist (ein Satz, der richtig und mißverständlich zugleich ist). Die Radikalität der RAF mobilisierte Haß und Vernichtungswillen bei Jugendlichen. Die Pressekampagne war nicht nur Kampagne der Bourgeoisie, sie reflektierte einen mobilisierten Haß, der sich unter anderem in den zahllosen Bombendrohungen praktisch äußerte. Die Aktionen drängten die RAF nicht nur in die völlige Illegalität. Sie hysterisierten den Staat auch zur aufwendigsten Polizeiaktion, ohne die sie die RAF nicht hätten kriegen können. Allerdings mußten sie die RAF auf diese Weise auch militärisch besiegen. Die Massen der Studentenbewegung, die vielleicht die Veränderung einer solchen Situation hätten bewirken können, waren nicht mehr vorhanden.

2. „Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören." (RAF, Das Konzept Stadtguerilla) In solche Sätze geht eine Erfahrung nicht ein, die wir und ein großer Teil der Genossen nach der Studentenbewegung in der Basisarbeit gemacht haben. Die Fähigkeit des Herrschaftssystems in den Metropolen, revolutionäre Bewegungen zu verhindern, basiert in erster Linie auf sei-

ZUR ANKLAGE:

Am 28. 9. 1973 und 1. 10. 1973 beginnt der Prozeß gegen unsere Genossinnen Astrid Proll und Marianne Herzog.

Nach fast einem Jahr Überlegung läßt die Justiz dieses öffentliche Spektakel jetzt in Sindlingen ablaufen, nachdem in Frankfurt die Umbaukosten des entsprechenden Gerichtssaales angeblich zu hoch waren und Bad Vilbel es, wohl aus Angst vor der zu erwartenden Unruhe, abgelehnt hatte, diesen Prozeß bei sich zu führen.

Die Ermittlungen sind abgeschlossen, die Anklage ist erhoben, der Umbau des ehemaligen Bürgerhauses von Sindlingen zu einem Gerichtssaal hat begonnen.

Dieser Prozeß ist der Vorbereitung und mit Sicherheit auch der Durchführung nach ein Schauprozeß, vergleichbar nur mit entsprechenden Prozessen gegen Werner Hoppe und Horst Mahler. Das Urteil braucht nur noch unterzeichnet zu werden. Wie bei Dieter Kunzelmann. Wie bei Werner Hoppe. Wie bei Horst Mahler. Und wie bei allen zukünftigen Prozessen gegen militante Genossen.

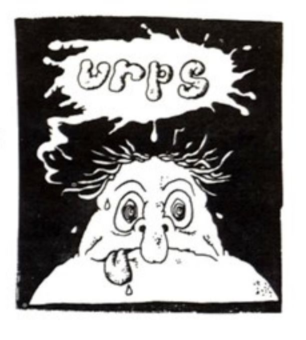
Der Hauptanklagepunkt bei Astrid besteht aus zwei angeblichen Mordversuchen an zwei Soko-Bullen im Frankfurter Westend. Die weiteren Anklagepunkte lauten neben Gefangenenbefreiung wie üblich auf unerlaubten Waffenbesitz, § 129, einige Banküberfälle, Autodiebstahl usw. Marianne wird vorgeworfen, eine Bank enteignet zu haben und das übliche im wesentlichen. Es ist fast kaum noch bemerkenswert, daß diese Anklage im wesentlichen auf den Aussagen der bewiesenermaßen gekauften Zeugen Ruhland, Ulrich (?) Scholze, Beate Sturm und Peter Homann beruhen. Ähnlich wie im Prozeß gegen den Genossen Mahler werden sie die Hauptakteure in dieser Schmierenkomödie sein. Die 396 Zeugen der Anklage, davon allein 128 Bullen, bilden nur noch die Kulisse. Eine Kulisse allerdings, die ihre Funktion hat! Soll doch hier Rechtsstaatlichkeit in ihrer Perfektion geliefert werden. Soll doch hier der Öffentlichkeit gezeigt werden, daß auch Staatsfeinde, Revolutionäre, einen fairen Prozeß bekommen. Ebenso aber und gerade dadurch zeigt dieser Prozeß, wie auch alle anderen Prozesse gegen militante Genossen, die Angst der Herrschenden vor gerade diesen Genossen und ihrem Einfluß auf das Bewußtsein der Linken und bestimmte Kreise der Öffentlichkeit. Wozu sonst der Umbau der Gerichtssäle in ein- und ausbruchssichere Festungen? Wozu sonst die Heerschar bis an die Zähne bewaffneter Bullen? Wozu sonst dieser prozessuale Aufwand gegenüber einem normalen Mordprozeß? Aus Angst, und um Angst zu erzeugen! Der Staat und die Justiz haben es hier mit einer Gruppe von Genossen zu tun, deren Anwendung von Gewalt, offensiv wie defensiv, aus dem Rahmen des bisherigen Kampfes fällt, die versuchen, diesen Kampf voranzutreiben, ihn mit einer Kompromißlosigkeit führen, die jeden Schritt zu einem existentiellen werden läßt. Diesen Kampf muß der Staat zerstören, oder er wird von ihm zerstört. Daher der Aufwand, daher die Maßlosigkeit der Mittel.

Der zuständige Staatsanwalt, Schäfer, sagte auf eine Frage hin, wie er den Prozeß anzugehen gedenke, daß ihm allein die Mordversuche reichen, dieser Prozeß werde auch ohne die restlichen Anklagepunkte zu einer hohen, wahrscheinlich lebenslänglichen Freiheitsstrafe gegen Astrid führen.

Wie kam es zu diesen angeblichen Mordversuchen? Im Februar 1971 sollten im Frankfurter Westend zwei Personen in einem Fahrzeug kontrolliert werden. Nach Aussage der zwei Soko-Bullen entzogen sich die beiden Personen, angeblich Astrid Proll und Manfred Grashoff, der Kontrolle, indem sie anfingen, die Bullen zu beschießen. Sie konnten nach einem längeren Schußwechsel entkommen. Juristisch wurde aus diesem Ereignis erst dann ein Mordversuch, nachdem einer der Bullen behauptete, er hätte deutlich gehört, wie Astrid gerufen hätte: „Euch leg ich um, Euch Schweine!" Damit wurde aus einem Vergehen gegen das Waffengesetz ein Mordversuch. Begründet allein durch die nicht beweisbare Aussage eines schießwütigen Soko-Bullen. Entgegen anderslautenden Erklärungen der RAF zu solchen Vorfällen wird, wenn überhaupt, nur der Platz des Feigenblattes zukommen. „Am 14. Mai (Andreas Baaders Befreiung), ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, als sie verhaftet werden sollten, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen – haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z. T. überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt. In Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist. Wir machen nicht ‚rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch'. . . . Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bulle, der uns laufen läßt, lassen wir laufen" (RAF-Buch S. 25).

Doch selbst dem Gericht geht es nicht um juristische Argumentation, die Konzeption ist von vornherein klar: Abschreckung. Hier soll Widerstand gebrochen werden, der sich mit der RAF an einem Punkt bereits organisiert hat, und der sich an vielen anderen Punkten zu organisieren beginnt. Widerstand, der sich nicht im Schreiben und Reden erschöpft, sondern der durch seine Militanz einen permanenten Angriff gegen die Herrschenden darstellt. Die RAF hat das Recht beansprucht, sich zu verteidigen. Das ist ein legitimes Recht! Jeder hat das Recht, sich gegen die tägliche Gewalt dieses Staates, gegen die Gewalt dieser gesellschaftlichen Verhältnisse zu wehren. Gegen die Fabrik, gegen die Bullen, gegen die Justiz und gegen den Knast. Dieses Recht kann von keinem bürgerlichen Gericht als kriminell verurteilt werden. Ein Revolutionär kann sich nur der Notwendigkeit der Situation unterwerfen, nicht aber dem Gesetzbuch seiner Henker.

E ANGST GIEN



KNAST

nem Machtapparat, sondern auf den Instrumenten des sozialstaatlichen Reformismus. Die Bindung der Massen an die Sozialstaatsideologie ist materiell begründet, sie ist nicht nur das Gefühl der Ohnmacht angesichts herrschender Repression. Damit wird aber die Übernahme des Konzepts Stadtguerilla, wie es in Südamerika erfolgreich entwickelt wurde, problematisch. So sehr sich dort Herrschaft auf nackte Repression gründet, so sehr ist dieselbe Herrschaft hier noch durch ein System von Reformgesetzen und materieller Gratifikation befestigt.

Jetzt zu den Prozessen. Wenn das Vorangegangene eine Verständigung unter Linken einleiten soll, so ist es säuberlich zu trennen von der Einschätzung, welche Bedeutung die Prozesse haben. Die Justiz bekämpft die RAF und jede andere linke Organisation, nicht ihrer politischen Fehler wegen, sondern weil die Genossen als Revolutionäre die Geschlossenheit des kapitalistischen Bewußtseins aufreißen.

Der Staat weiß wohl, daß die militärische Ausschaltung von ein paar Dutzend Genossen noch nicht dem politischen Sieg über die RAF gleichkommt. Denn RAF bedeutet inzwischen mehr als eine bewaffnete Gruppe von Genossen, nämlich das Beispiel von „Aktion ohne Netz“ – und eine strategische Erfahrung. Für den politischen Sieg über den „Radikalismus“ hat die dritte Gewalt eine genau so wichtige Funktion wie die Bullen. Die Justiz gibt dem militärischen Erfolg der Bullen den rechtsstaatlichen Segen.

Daran hat die liberale Fraktion der Bourgeoisie ein ausdrückliches Interesse. Die Mittel, mit denen der Rechtsstaat verteidigt wird, müssen selbst rechtsstaatlich sein. Zeit, Stern, Spiegel, FAZ, FR haben im Mahler-Prozeß klar Position bezogen: Die kriminellen Revolutionäre gehören in den Knast, aber: freies Rederecht für die Angeklagten, keine Behinderung der Zeugen, keine formelle Befangenheit der Richter, strenge Beweisführung sind maßgebliche Prinzipien für sie. Nicht allein, weil sie Idealisten sind, sondern weil sie die politische Wirkung einer offensichtlich politischen Justiz fürchten. Natürlich werden die Liberalen die strenge Beweisführung nicht durchsetzen, aber sie werden für eine Politisierung an den Prozessen den politischen Hintergrund abgeben. Sie werden auch dafür sorgen, daß die Prozesse eine aufmerksame Berichterstattung finden. Jedenfalls haben einige Zeitungen vom Mahlerprozeß mehr berichtet als die Genossen gelesen haben. Die Rechtsstaatlichkeit mußte im Mahler-Prozeß eine Niederlage hinnehmen. Das ist auch eine Niederlage der reformistischen Linken, was wir in der Agitation nicht vergessen sollten.

Die andere Fraktion, die von der Bundesanwaltschaft über Genscher bis zu Bild geht, möchte die RAF um jeden Preis vernichtet wissen. Die 12 Jahre von Horst Mahler – der Bankraub (7 Jahre) kann ihm beim besten Willen nicht nachgewiesen werden – und die anderen Terrorurteile beweisen dies hinlänglich. Die Justiz ist voll auf rechtem Kurs. (Ob die Frankfurter Justiz da Nuancen bringen wird, bleibt noch abzuwarten.) Die Rechten werden die RAF-Genossen mit allen Mitteln politisch vernichten wollen und wenn es sein muß eben psychisch und physisch. Keine Gelegenheit bleibt ungenutzt, darauf hinzuweisen, daß die RAF-Genossen gefährlich, kriminell, verrückt, sexuell abhängig, übergeschnappt, wehleidig usw. sind. Kriminalisierung und Psychologisierung sind die Leitlinien.

Im Knast tritt der Widerspruch des Sozialstaats zwischen Reform und Repression deutlich wahrnehmbar in Erscheinung. Die Gefangenen sind ständig in einer Situation, wo Ansätze zu kollektivem Handeln immer gleich an der Schwelle zum politischen Widerstand stehen. Die bisherigen Knastaktionen (z. B. die Demo nach Preungesheim) haben nicht nur die Justizverwaltung verunsichert, sondern auch zu spontanen Aktionen der Häftlinge (Hungerstreik in der Hammelsgasse) geführt. Generell ist die Herrschaftsstrategie im Knast gekennzeichnet durch die Methode von Integration und Repression. Gefangene, die den Terror des Knasts verinnerlichen, die sich anpassen, werden mit sozialer Integration belohnt (Abendkurse, Freigängerstatus, Urlaub etc.). Als ständige Drohung und reale Repression stehen Isolierung bis hin zur Isolationsfolter an den Häftlingen, die politischen Widerstand artikulieren und zu organisieren versuchen. Wie im Untersuchungsknast Preungesheim kommen die meisten späteren Strafhäftlinge schon vor ihrem Prozeß mit dieser Repression in Berührung. Da U-Haft nur der „Verwahrung“ diene, lautet die offizielle Argumentation, könne hier nicht resozialisiert werden und das heißt: Einzelzellen, Sichtblenden, kein Hofgang im Freien. Für das Bewußtsein der Häftlinge selbst ist entscheidend, daß sie nicht die Argumentation verinnerlichen, wegen einer kriminellen Handlung geschehenen Recht. Es ist wichtig, daß sie über konkrete Forderungen wie tarifliche Bezahlung ihrer Arbeit oder ungehinderte Sexualität realisieren, daß sie als Menschen einer Justiz und einem Strafvollzug gegenüberstehen, für dessen wechselhafte Methoden nur eines entscheidend ist: daß das System der Ausbeutung nicht untergraben wird.

Initiativen müssen sich einerseits ganz konkret auf die Verbesserung einzelner Knastbedingungen richten. Und zwar für alle Gefangenen, für die politischen wie die politisch noch nicht bewußt kämpfenden Gefangenen. Insoweit werden die Inhalte der Initiative sich um ganz banale Reformforderungen zentrieren: besseres Essen, keine Vergitterung an den Fenstern, überhaupt Abschaffung jeder Isolation, insbesondere der dauernden Isolation für bestimmte politische Gefangene, Aufdeckung und Anprangerung der täglich vorkommenden Sauereien, Mißhandlungen, Folterungen und Schikanen. Wir müssen fordern, daß Gefangenenarbeit nur gegen Bezahlung tariflichen Lohns erfolgen darf, daß die Gefangenen mehr und längere Besuche erhalten, daß sie vögeln können. Also letztlich nicht mehr als ein Kampf um die Verwirklichung der allgemeinen Grundrechte auch im Knast.

„Freiheit für alle Gefangenen“ und „Reißt die Mauern ein, holt die Menschen raus“ dürfen nicht mehr utopistische Parolen bleiben, sondern müssen inhaltlich konkretisiert, verständlich und wollenswert gemacht werden. An der Forderung für den tariflichen Lohn bei Gefangenenarbeit kann man z. B. sehr gut erklären, was z. T. die Gründe für Eigentumsdelikte und sog. Milieukriminalität sind, weiter welche Funktion die nichttarifliche Bezahlung der Gefangenen im System der Strafe hat (Vergeltung nicht Besserung, aber auch daß eine Gruppe von Menschen geschaffen wird, denen es auch nach dem Knast ökonomisch noch dreckiger geht als jedem Arbeiter), und daß zum Teil auch unmittelbar Kapitalinteressen an der bisherigen Bezahlung der Gefangenenarbeit bestehen.

Weiter kann man in der Agitation nach und nach entwickeln, daß sich eine Gesellschaft gegen das Verbrechen am besten nicht durch Strafe, sondern auch umfassende Präventivmaßnahmen und Therapie schützt. Und daß das bei uns nicht so ist, daß das mit dem bestehenden Herrschaftssystem, der staatlich gesicherten Ausbeutung und Unterdrückung, der hierarchisierten Ordnung und Gewalt zusammenhängt.

Denn das Mittel der Resozialisierung kann immer nur ein Mittel der Spaltung sein. Kriminalität wird in dieser Gesellschaft produziert und reproduziert, wo die Bindung an eine systemkonforme Bedürfnisbefriedigung individuell versagt oder wie etwa bei der „Rockerkriminalität“ partiell Züge kollektiver Verweigerung trägt. Wo kollektiver Widerstand an die Stelle der individuellen und ideologisch ans System gebundenen Verweigerung tritt, wird er als politisch erkannt und nach dem jeweiligen Kräfteverhältnis repressiv beantwortet. Dann wird das Politische als kriminell dargestellt, während in Wirklichkeit schon die Kriminalität ihrem Ursprung nach politisch ist. Der gesellschaftliche Charakter von Kriminalität, die entweder in Aggressionsausbrüchen oder im Versuch der individuellen Veränderung der Eigentumsverhältnisse besteht, läßt sich von der Justiz natürlich um so leichter leugnen, je mehr der Angeklagte akzeptieren muß, daß er sich selber noch im Rahmen des etablierten Rechts bewegt, wenn er es nicht in Frage stellt, sondern nur übertritt. Anders bei der RAF. Da sie sich von vornherein nicht auf die Ebene dieser Rechtsverhältnisse eingelassen hat, damit also den Anspruch vertritt, andere Rechtsverhältnisse zu schaffen, ist sie nur zu kriminalisieren, indem dieser politische Anspruch dadurch geleugnet wird, daß er als sinnlos, gefährlich und verrückt erscheint.

Unabhängig von jeder Kritik an der RAF ist es daher die Aufgabe der Linken, diesen politischen Anspruch, der auch ihr eigener ist, gegenüber der Justiz und der Propaganda der Presse zu verteidigen. Die Prozesse gegen die RAF sind geplant als Tribunal gegen revolutionäre Politik. Sie müssen zum Tribunal gegen die politische Justiz, gegen die sozialstaatliche Repression werden.







In Übereinstimmung mit ihrer Umwelt ...

Aus dem Plädoyer von Christian Ströbele im Mahler-Prozeß

Um zu wissen, was in dieser Gesellschaft als kriminell angesehen wird, muß man zunächst wissen, was in der Wertskala der Gesellschaft als nicht kriminell gilt.

Einen wertvollen Beitrag, die notwendigen Unterscheidungen zu treffen, hat der Vorsitzende eines Frankfurter Schwurgerichts Anfang Februar dieses Jahres beigesteuert. In diesem Prozeß erhielt der Polizeihauptkommissar Johannes Kuhr eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren, weil er an Exekutionen in Pinsk beteiligt war, wo russische Juden mit Peitschen in die Gruben getrieben und dort getötet wurden. Gegen Frauen und Kinder, die sich versteckt hatten, wurden Handgranaten eingesetzt. Von dem Angeklagten Kuhr sagte Richter Schäfer, der Schwurgerichtsvorsitzende:

„Keiner der Angeklagten ist kriminell und ohne das NS-Regime hätten sie niemals vor einem Schwurgericht gestanden. Sie handelten in Übereinstimmung mit ihrer Umwelt, nicht gegen sie und nicht einmal aus Kreisen der Justiz regte sich Widerspruch." (Bericht in der Frankfurter Rundschau, Ausgabe vom 7. 2. 1973, S. 11)

Das ist eine sehr wesentliche Erkenntnis, die ganz präzise beschreibt, was in der Gesellschaft als kriminell gilt. Die Mordtaten können noch so scheußlich sein, es können Frauen und Kinder mit Handgranaten umgebracht werden: wenn der Mörder in Übereinstimmung mit der Gesellschaft handelt und nicht gegen sie und wenn sich in Kreisen der Justiz kein Einspruch regt, dann ist er kein Krimineller.

Kriminelle sind aber nach wie vor noch die Widerstandskämpfer gegen das Naziregime. So darf nach einem Urteil des hanseatischen Oberlandesgerichts Fiete Schulze, Mitglied der KPD und aktiv im Widerstand gegen Hitler tätig, auch heute noch in neofaschistischen Zeitungen als „politischer Mörder" beschimpft werden. Fiete Schulze war ab Herbst 1932 verantwortlich für die Organisierung des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten. Er wurde am 16. April 1933 von der Staatspolizei in Hamburg verhaftet und nach zweijähriger Vorbereitung vor ein Gericht gestellt, dreimal zum Tode verurteilt und im Hamburger Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis 1935 mit einem Handbeil enthauptet.

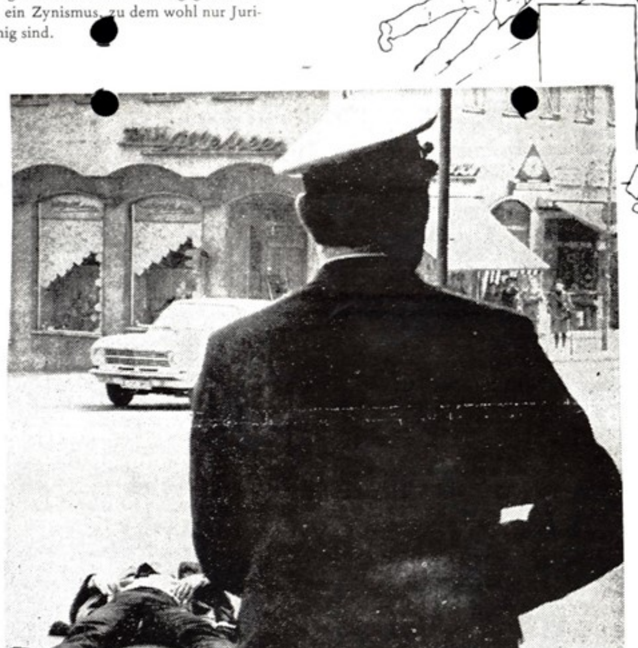
Dagegen: kein Krimineller ist wohl der ehemalige vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt des Dritten Reiches, Horst Wagner, dem die Beteiligung an der Ermordung von 350 000 europäischen Juden zur Last gelegt wird. Wagner wurde seinerzeit 1958 bei Rückkehr in die Bundesrepublik in Untersuchungshaft genommen. Er erhielt nach fünfzehn Monaten Untersuchungshaft Haftverschonung gegen eine Kaution von 50 000 DM ...

Ein Krimineller war offensichtlich auch nicht Otto Ambros, Vorstandsmitglied der IG-Farbenindustrie, der eng mit der SS zusammenarbeitete. Die IG-Farbenindustrie errichtete 1941 in Auschwitz das dritte Bunawerk und später dort ein betriebseigenes Konzentrationslager. Nach dem Krieg war Ambros Mitglied des Aufsichtsrats der Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, der Pinsch Bamag AG, der Scholven-Chemie AG, den Feldmühle Papier- und Zellstoffwerken.

Ein Krimineller war nicht Richter Rehse, der von einem Schwurgericht in Berlin freigesprochen wurde, der an 231 Todesurteilen des Volksgerichtshofs mitgewirkt hat.

Ein Rechtsbrecher war eher der katholische Geistliche, Dr. Metzger, dessen Todesurteil Rehse mitunterschrieben hat. Das Berliner Schwurgericht, das Rehse freisprach, konzedierte Metzger zwar ehrenhafte Beweggründe, weil er als innenpolitischer Widerstandskämpfer behandelt habe. Ob die tatsächlichen Voraussetzungen des übergesetzlichen Notstands gegenüber dem nationalsozialistischen Unrechtsregime vorlagen, das läßt sich heute, wie das Schwurgericht, das den Richter Rehse freisprach, meinte, – und diese Meinung hat sich zu 100 % auch der Richter Weiß (Richter Weiß gehörte sowohl dem Gericht an, das Rehse freisprach, als auch dem, das Horst Mahler verurteilte) zu eigen gemacht – nicht mehr feststellen (Urteil des Schwurgerichts Berlin vom 6. 12. 1968, Aktenzeichen 500-27/68, S. 47).

Angesichts der Mordtaten des Naziregimes zu behaupten, es ließe sich nicht mehr feststellen, ob seinerzeit für den Widerstand gegen das Dritte Reich die Voraussetzungen des übergesetzlichen Notstandes gegeben waren, ist ein Zynismus, zu dem wohl nur Juristen fähig sind.



oben/ Georg Grosz: Aus vaterländischen Motiven

links/ Aus sozialstaatlichen Motiven: Der Mord an Thomas Weißbecker

SOLIDARITÄT

MIT MARIANNE HERZOG UND ASTRID PROLL

Fortsetzung von Seite 8

ben sich stehen, der selbst jeden Gang aufs Klo argwöhnisch beobachtete. Ebenso scharf war die Bewachung wichtiger Abteilungen, z. B. vom Kühlerbau, von dem Rüsselsheim abhängig ist. Unter diesem Druck blieb der größte Teil der Arbeiter in den Hallen, im Gegensatz zum Streik 1970. Dort wurde zwar auch in kleinen Gruppen diskutiert, viele saßen aber auch einfach nur so rum.

Unter diesen Bedingungen wurde der Aufenthalt auf der Wiese und die Teilnahme an den Umzügen zu einer Kampffrage. 1970 konnten sich viele aus den Hallen verdrücken mit der Ausrede: „Ich muß mitkriegen, was der sagt", denn alle zwei Stunden kam der Betriebsrat mit neuen Informationen. Diesmal sorgte der Betriebsrat mit dafür, daß die Repression lückenlos wurde.

Die größten Umzüge kamen in den ersten beiden Tagen zustande, später bröckelten sie ab, wurden aber trotzdem zweimal pro Schicht durchgeführt. Was außerhalb der Hallen unternommen wurde, z. B. Umzüge durchs Werk, Züge zu anderen Werken (Werk II und Werk III und der versuchte Zug von Werk I nach Werk II), wurde möglichst gemeinsam unternommen. Kein einzelner oder eine Gruppe trat dabei besonders hervor. Die Kollektivität der Aktionen war ein maximaler Schutz für jeden. Das zeigt sich auch darin, daß im Verhältnis zu anderen Betrieben relativ wenige entlassen werden konnten.

Eine zentrale Rolle in der Diskussion spielte die Disziplin. Es sollte kollektiv verhindert werden, daß so viel wie 1970 gesoffen wurde und dann Autos demoliert wurden. Man muß das richtig verstehen. Zum ersten Mal streikten die Opelarbeiter ohne die Unterstützung der Gewerkschaften und damit gegen sie. Was das heißt, wird an anderer Stelle näher ausgeführt.

Aus dieser Situation heraus wurde der Streik eine Angelegenheit aller. „Das ist unser Streik" wurde immer wieder betont. Um diese schwierige Sache zu packen, wurde zum einen die kollektive Disziplin propagiert und auch eingehalten und zum anderen die Kollektivität der Aktionen. Dadurch passierte während des Streiks auch relativ wenig.

Die Bildung eines Streikrats, der wie bei Ford/Köln den Anspruch erhebt und auch durchsetzt, mit der Geschäftsleitung zu verhandeln unter Ausschaltung des Betriebsrats, wurde in Bochum dadurch erschwert, daß die Verhandlungen in Rüsselsheim liefen. Der Bochumer Geschäftsführer Gensert muß für jeden Furz erst Zustimmung aus Rüsselsheim oder den USA holen. „Bei mehr als hundert Schrauben wird Detroit gefragt." Dem vielgeschmähten und verhaßten Betriebsratsvorsitzenden Perschke konnte deshalb schwerer als anderswo die Legitimation für Verhandlungen bestritten werden. Wer in Rüsselsheim verhandelt, kann schlechter kontrolliert und unter Druck gesetzt werden, als wenn er es an Ort und Stelle tut. Die Opelarbeiter waren in der unerträglichen Situation, in den Verhandlungen von jemand vertreten zu werden, der alles versuchte, um ihren Streik zu ersticken und sahen keine Möglichkeiten etwas dagegen zu unternehmen.

Die Gewerkschaft

Bei Opel sind 15 000 Mitglieder in der IG-Metall. Der Betriebsrat bei Opel ist ein Exponent des rechten Flügels der SPD. Im Unterschied zum Streik 1970 wurde dieser Streik absolut ohne die Unterstützung der IGM durchgeführt, auch ohne die sonstige augenzwinkernde Zustimmung. Die Gewerkschaft tat alles, um den Streik abzuwiegeln. Am Wochenende versammelte die Betriebsratsmehrheit sogar Vertrauensleute und bearbeitete sie stundenlang. Sie sollten die Leute zur Arbeit bewegen.

Viel entscheidender ist aber, daß sie praktisch den Informationsfluß zwischen den Werken sabotierten. Den Arbeitern fehlten die technischen Hilfsmittel, z. B. die telefonische Verbindung zu den anderen Werken, denn sie waren ja praktisch eingesperrt. Und der Betriebsrat sorgte mit dafür, daß die telefonische Verbindung seit Donnerstag blockiert w Montag war dies mitentscheidend für den Streikabbruch.

Dies war auch einer der Gründe, warum die „streng ...hlichen" Flugblätter der DKP relativ gut ...amen. Sie brachten Informationen aus dem Betrieb und anderen streikenden Werken.

Während des Streiks saßen die Betriebsräte in ihren Büros. Sie gingen nur ganz selten hinaus, um mit den Kollegen zu reden. Anders war das bei den Vertrauensleuten. Etwa ein Viertel der mehr als 700 Vertrauensleute kann als oppositionell bezeichnet werden. Sie unterstützten den Streik und stellten vorher die Forderungen nochmals auf.

Die Gewerkschaftsopposition

Die „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter" (GOG) muß als einzige relevante linke Kraft im Betrieb bezeichnet werden. Ihre Agitation, die Reden auf den Betriebsversammlungen, hatten die Diskussion im Betrieb verstärkt. Die Forderung nach einer Teuerungszulage war seit Monaten von ihnen aufgestellt worden. R. Wischnewski war wegen dieser Forderungen u. a. gekündigt worden. Die Taktik der Geschäftsleitung, nämlich die Leute in den Hallen vereinzelt am Arbeitsplatz zu halten, erschwerte das Eingreifen. Wenn keine kollektiven Situationen hergestellt werden, sind die Interventionsmöglichkeiten personell relativ kleiner linker oder gewerkschaftsoppositioneller Gruppen gering. So war die GOG nicht in der Lage, eine Streikleitung zu bilden. Dies ist kein Vorwurf, sondern wesentlich Resultat der unentwickelten Kampfformen.

Zum anderen wurde von der GOG die Taktik der IGM falsch eingeschätzt. Vermutlich rechnete sie mit Unterstützung der Gewerkschaft wenigstens bei einem Streik für Teuerungszulagen. So richteten sie viele Forderungen an den Betriebsrat. Eine konsequente Kritik an der IGM, SPD und Betriebsrat nahm erst nach Streikende wesentlich zu. Außerdem waren die bekannten Mitglieder der GOG einer unglaublichen Bespitzelung und Kontrolle im Betrieb ausgesetzt. Gegenüber der Versuchung, sich als heroische Kämpfer hervorzutun, verhielten sich die Oppositionellen taktisch richtig, d. h. sie hielten sich zurück.

Der folgenschwerste Fehler der GOG lag und liegt jedoch darin, daß sie wie die Gewerkschaften eine fatale Trennung von politischem und ökonomischem Kampf vollzieht. Die Flugblätter der GOG bezogen sich fast nur auf den unmittelbaren Kampf um eine Teuerungszulage, ohne die politische Gesamtsituation und auch die Perspektiven eines solchen Kampfes zu beinhalten. Dies wurde in falscher Gutgläubigkeit den verschiedenen politischen Gruppen überlassen.

Der Einfluß der GOG läßt sich recht gut am Verhältnis von Werk I zu Werk II zeigen. Ursprünglich war das Werk I radikaler. Bekannte linke Gewerkschafter und Oppositionelle wurden in den vergangenen Jahren vielfach nach Werk II versetzt. Bei diesem Streik war das Werk II geschlossener und radikaler, nicht zuletzt ein Ergebnis der GOG-Politik.







Die Stimmung im Betrieb nach dem Streik
(Aus einem Interview mit einem Arbeiter aus dem Karosseriebau, Werk I)

„Die Stimmung ist jetzt Scheiße, weil die Entlassungen da s... und das wird praktisch als eine Niederlage gewertet. Hauptsächlich ist das aber wegen der Bezahlung der Streikschichten, weil m... das nicht durchsetzen konnte. Jeder muß jetzt beim Meister kriechen, ich war arbeitswillig, war doch die ganze Zeit in der Halle, hast du doch gesehen, war nur mal aufm Klo und son Zeug erzählt da jeder und immer ganz allein dem Meister. Die meisten sind jetzt so, es gibt natürlich auch andere.

Gerade am Beispiel der gefeuerten Leute kann man das sehen. Da will sich jetzt keiner mehr hinterstellen, die sind weg und die kommen sowieso nicht mehr rein bei Opel, meinen die meisten. Thema Nr. 1 sind die Sonderschichten, die sind ja von der Geschäftsleitung beantragt worden, der Betriebsrat will sie vielleicht ablehnen (inzwischen mußte er – WIR WOLLEN ALLES), aber damit ist das ja nicht vom Tisch. Die Bezahlung der Streiktage steht doch immer noch an, und auf Sonderschicht gehe ich nicht. Da müssen die eben zahlen."

Bochumer Lehrlings- und Schülerkollektiv
WIR WOLLEN ALLES

Vorbemerkung zum folgenden Interview
Wir haben nach dem Streik mit einer ganzen Reihe von OPEL-Arbeitern und -arbeiterinnen Interviews gemacht. Eines davon drucken wir im folgenden ganz ab. Es scheint uns deshalb besonders typisch, weil es die Widersprüchlichkeit im Arbeiterbewußtsein klar zum Ausdruck bringt.

Frau M., 52 Jahre alt, seit 7 Jahren bei Opel im Werk II im Motorenbau beschäftigt; sie arbeitet nicht am Band, sondern an einem Einzelarbeitsplatz, und verdient bei Schichtarbeit ca. 1 000 DM netto im Monat. („Zum Streik kann ich gar nichts sagen. Ich habe nichts mitgekriegt. Da will ich mich nicht zu äußern" (vor dem Interview).

Natürlich habe ich die ganze Zeit am Streik teilgenommen. Meistens habe ich mit Kolleginnen in der Halle gesessen, Kaffee getrunken, Kuchen gegessen und Romane gelesen. Manchmal bin ich auch rausgegangen, aber morgens war es da zu kalt. Angefangen hat's eigentlich beim Mittagessen im Essensaal. Da war eine ganz komische Stimmung. Die Verhandlungen waren abgebrochen und da haben sich die Leute drüber unterhalten. Der eine war für eine Teuerungszulage, der andere hat dagegen was gesagt, alle haben ganz laut rumgeschrien. Aber keiner hat irgendwie gewußt oder gedacht, daß das in einen Streik ausarten würde. Ich wußte da auch nichts von. Nach der Pause ist dann ein Zug bei uns am Arbeitsplatz vorbeigegangen, dann haben alle aufgehört zu arbeiten und ein paar sind mitgegangen. Erstmal noch durch die Halle und dann auf die Wiese. Ja, wer den Streik angefangen hat, das kann ich nicht sagen. Man hört da so und hört so, man kennt die Leute ja auch nicht und es hat auch keiner was Genaues erzählt.

Unser Meister, der ist ganz ruhig gewesen, der ist in seinem Pult sitzengeblieben und hat nur geguckt, der hat gar nichts gemacht. Zu Werk I, da kann ich nichts sagen. Da weiß man ja auch nicht Bescheid drüber, da kommt nichts durch. Aber im D 3 (Preßwerk) das sind wohl die ganz Radikalen. Die Stimmung war – wie soll ich sagen – gelöst, war gute Stimmung, war ja auch warm und bei der Hitze hat sowieso keiner gern gearbeitet. Und bei uns, da waren sich alle einig. Morgens haben wir gestempelt, aber gearbeitet wurde nicht. Diskutiert wurde auch nicht, warum, das weiß ich nicht.

'70 war das ja ganz anders. Da wurde diskutiert und geredet. Jeder hat immer die neuesten Nachrichten weitergegeben und so, aber diesmal war das gar nicht, weiß man nicht warum.

Ja, und die Gewerkschaften haben sich da auch ganz rausgehalten. Einmal da haben sie die Vertrauensleute in den Essenssaal gerufen und denen dann die Verhandlungsergebnisse mitgeteilt. Aber da war ja nichts, die wollten ja nicht zahlen. Und sonst hat sich da ja auch keiner von dem Betriebsrat sehen lassen.

Auf der Brücke, da wo es zum Werk 3 geht, da war dann ja auch der Rudi Wischnewski gewesen. Da ist aber dann keiner hingegangen. Es durft' ja auch keiner raus. Die Tore waren ja zu und raus kam da keiner.



Auch nicht rein. Mitgegangen ist ja diesmal fast auch keiner. Damals (1970) sind ja fast alle mitgegangen, rüber nach Werk III. Da war ich ja auch noch mitgegangen. Aber diesmal war das nicht so.

Unser Vertrauensmann, der Karl, den hab ich dann mal so gefragt, was denn jetzt eigentlich wär, aber der hat dann auch nichts gesagt. Wußt auch gar nichts. Dann hat er gesagt, wir sollen mal nach draußen gehen, da würde das Neueste erzählt. Aber sonst hat er gar nichts gesagt.

Die von der Liste 2, der Schaumberg und der Leo, die da auch den Durchblick haben, die haben ja auch studiert, die mußten sich da raushalten. Was sollten die auch machen. Die haben ja schon drei Verwarnungen. Die von Opel, die warten ja jetzt auch dadrauf, ne. Wenn die jetzt was gesagt hätten, dann wären die ja auch rausgeflogen. Aber die warten ja auch dadrauf, da einen Grund zu finden. Und der Leo, dat ist ja auch ein Ding, der Leo wollte sich ein Kadett kaufen und den hat er ja nicht gekriegt. Weil er drei Verwarnungen hat. Als Betriebsangehöriger hätte er ja Prozente gekriegt. Wie das bei den anderen ist, das weiß man nicht, hat ja keiner drei Verwarnungen. Bei drei Verwarnungen da wäre unsereins sicher schon längst weg. Aber an die trauen sie sich nicht so recht ran. Ja, was soll man dazu sagen. Traut man sich auch nicht so richtig. Wir haben ja schon mal so eine Zeit durchgemacht. Ich komme mir da manchmal so ein bißchen zurückversetzt vor, wie das schon mal so war. Im Arbeitsdienst bei den Nazis durfte man sich auch viel denken, aber nichts sagen.

Am Montag hatte ich Mittagsschicht, da kann ich nichts zu sagen. Wir hatten ja gehört, die hatten morgens noch gestreikt, im Werk I hätten sie schon um 9 Uhr aufgehört zu streiken und bei uns nach der Pause wieder angefangen. Da war so eine deprimierte Stimmung. Alle hatten gedacht, sie würden jetzt das Geld kriegen und so und dann war der Streik zusammengebrochen. Na ja, die hatten sich das wohl ein bißchen einfach vorgestellt. Aber die Kollegen hatten noch keine Lust gehabt zu arbeiten. Die ganzen Motoren von der Frühschicht mußten nochmal vom Band genommen werden. An allen fehlten nämlich irgendwelche Teile, die mußten mittags nochmal übers Band laufen. Da mußten sogar extra Leute am Band eingesetzt werden.

Von der Gewerkschaft hat man beim ganzen Streik nichts gesehen. Auch der Perschke hat sich nicht blicken lassen. Vom ganzen Betriebsrat habe ich nichts gesehen. Die haben die ganze Zeit nur verhandelt. Die haben sich genauso verhalten, wie sich die Geschäftsleitung das wünscht.

Die Gewerkschaftsopposition war bei uns so ruhig wie noch nie während der letzten Zeit. 1970 haben diyja kräftig mitgemacht, aber jetzt wußten die ja, daß sie gesägt werden sollten. Nur der Wischnewski war manchmal vorm Tor. Aber das ist ja auch kein Kerl. Früher war er in der SPD und jetzt spricht er durchs Megaphon von der KPD, das geht doch nicht.

Aber die haben sich schon richtig verhalten, die Liste 2. Das hat man ja gesehen, in Werk I haben sie zwei Vertrauensleute gekündigt. Die linken Gruppen haben keinen Einfluß auf den Streik gehabt, das ist nicht ersichtlich geworden. Aber die Flugblätter und das Wirken von der Gewerkschaftsopposition, das ist ja ganz gut. Also, wenn man die Leute vom Schaumberg, aus dem seiner Abteilung fragt, die wissen alle ganz genau Bescheid, der klärt die alle auf. Aber die Kommunisten, die will ich nicht.

Die Ausländer, die haben im Streik keine Rolle gespielt. Die haben in ihrer Ecke gesessen und wir in unserer. Die haben auch ihren Kuchen gegessen.

Aber die Bergleute bei OPEL, wenn da einer Bergmann war, der hat bei mir von vornherein verschissen. Mein Mann, der hat 15 Jahre im Bergbau gearbeitet, der weiß, wie das ist. Die wollen immer noch mehr arbeiten und für die Arbeit sogar ihre Frau verkaufen. „Meisterchen, kann ich noch ein Achtel länger bleiben, ich hab noch 'ne Butter dabei, und meine Frau ist allein zuhause." Sogar auf dem Betriebsfest haben sie sich eingeschissen. „Meister, kannst ruhig mit meiner Frau tanzen, die kriegt keine Kinder." Solange wie die Bergleute in Opel sind, solange herrscht da keine Einheit. Die haben nur mitgestreikt, weil sie sonst die Fresse vollgekriegt hätten. Das sind immer die Querköppe.

Über Ford, da ist im Betrieb nicht drüber geredet worden. Von den Schlägereien habe ich wohl gelesen, da können wir froh sein, daß es hier das nicht gegeben hat. Aber mit de Polizei, das ist 'ne Sauerei. Das ist der „Freie Staat". Aber die Streiktage haben die ja bezahlt gekriegt. Ja . . . das war wohl, weil da mehr los war, also wenn das hier auch gewesen wäre, dann hätten wir bestimmt auch unser Geld gekriegt.

Ja also, die Stimmung ist im ganzen Betrieb, würde ich sagen, deprimiert. Die diskutieren alle nicht zusammen, alle haben Angst, was zu sagen. Die drücken sich alle aneinander vorbei. Versteht man ja nicht, die Männer muß das doch interessieren, also bei uns Frauen, das ist ja was anderes, wir interessieren uns ja auch nicht so, aber die Männer . . . Das merkt man an der Stechuhr. Keiner sagt was, alle sind so bedrückt, keiner redet mit dem anderen, ganz deprimiert.



Über den Streik wird im Betrieb gar nicht mehr geredet. In der Kaue sagt dann vielleicht mal einer was, aber da sage ich ja auch nichts zu. Manche Leute treffen sich vielleicht, auch abends oder draußen. Weiß man ja nicht genau. Es ist jedenfall unheimlich ruhig, ganz komisch ist das. Ob das so 'ne stille Wut ist, glaube ich nicht, weiß ich aber auch nicht. Viele sagen ja jetzt auch, der Streik hätte sich einfach nicht gelohnt. Wegen dem fehlenden Geld. Ich glaube nicht, daß in der nächsten Zeit wieder gestreikt wird. Wenn da wieder Leute durchkämen, da würden sich viele überlegen, ob sie nochmal mitgehen.

Aber das find ich nicht richtig, wegen dem Geld. So'n Streik ist doch nie ganz umsonst, ich kann da nicht sagen, das wäre umsonst gewesen. Also, ich finde, das hat immer 'nen Wert, ist ja egal, ob es um viel oder wenig geht. Ich meine, sowat ist immer richtig. Am besten kann man die gedrückte Stimmung an den Sonderschichten sehen. Die sind von Opel angesetzt worden, Samstags, um das verlorene Geld wieder reinzuholen. Bei der Sonderschicht, da sind wohl die meisten gewesen (in Wirklichkeit waren in dieser Abteilung nur die Ausländerinnen und eine Deutsche bei der Sonderschicht). Ich nicht, ich will das Geld für die Streiktage haben. Wir Frauen hatten uns ja abgesprochen, wir waren uns einig gewesen, daß wir da nicht hinkommen. Nun ja, bei den Männern, das ist ja was anderes, die Männer, die brauchen das Geld ja auch, die sind drauf angewiesen. Na ja, jedenfalls wollten wir nicht hinkommen. Und Freitag, nach der halben Schicht, da kamen sie alle an und haben gesagt, ja ja, ich komme vielleicht, weiß noch nicht so, so halb, und doch ich komme und so.

Also, die Leute, die reden da auch nicht mehr drüber. Ich glaube also, daß die kommen wollen und einfach nicht sagen und keinem erzählen, daß sie kommen. Na, dann ist der Meister gekommen und hat gefragt und auch der Vertrauensmann, der Karl, der hat dann gesagt, daß 50 % arbeiten kommen wollen. Aber ich glaub, da kommen mehr, weil die sagen es einfach den Kollegen nicht und kommen arbeiten, weil sie Angst haben."



LIP BESANÇON c'est possible ... on fabrique ... on vend ...

...wir produzieren... wir verkaufen...

Bericht der Lip-Arbeiter,
Stand Anfang August 1973

1867 gründet M. Lippmann eine Uhrmacherwerkstatt.

1931 Begründung der Gesellschaft Lip S. A., die in Besancon 350 Arbeiter beschäftigt.

1960 Eröffnung der neuen Fabrik in Palente (Besancon) mit mehr als 1 000 Beschäftigten. Lip fabriziert nicht nur Uhren. Es gibt mehrere Bereiche für zivile und militärische Ausrüstungen, die Fabrikation von Anlagen und Zahnrädern usw.

1967 erwirbt Ebauche S. A. eine Beteiligung von 33 %.

1971 wird sie die Mehrheit mit 43 % der Aktien erreichen.

Fred Lip dankt ab, M. Saintesprit wird Direktor und erklärt den Delegierten: „Es gibt jetzt keine Ungewißheit mehr, keine Entlassungen. Wir werden den Zug wieder zum Rollen bringen und wir werden eine sehr soziale Unternehmensführung betreiben."

Nach einer großen Anzahl von alarmierenden Nachrichten der Delegierten im Betriebskomitee erfährt man klar, daß keinerlei Anstrengungen unternommen werden, um Arbeit für die Sektoren zu finden, die nicht zur Uhrenfabrikation gehören. Die Delegierten merken sehr wohl, wohin der Hase läuft. Man faßt ein Memorandum ab und schickt es an alle Persönlichkeiten und an die Presse Anfang 1973, damit die Direktion Kontakt mit dem IDI (Institut für die industrielle Entwicklung) aufnehmen soll.

Ausbruch der Krise

M. Saintesprit dankt am 18. April 1973 ab und läßt es das Betriebskomitee wissen. Es gibt keinen Freiwilligen für die Nachfolge. Das Gericht von Besancon ernennt zwei Verwalter, die die Geschäfte fortführen und eine Lösung für Lip finden soll.

Die Direktion von Lip entfaltet jetzt eine Kampagne mittels Presse, Radio und Fernsehen zur Entstellung der Wahrheit. Die Delegierten informieren die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung über die Situation. Die Lage ist ernst. Es stehen Entlassungen und die Auflösung (in die verschiedenen Bereiche) des Unternehmens bevor. Von diesem Zeitpunkt ab müssen sie sich mobilisieren. Man faßt einen Entschluß dahingehend, daß man zwar zur Arbeit zurückkehrt, aber daß man die normale Produktion um 50 % verringert.

Von nun an wird eine umfassende Kampagne mit dem Aushang von Informationen im ganzen Werk eingeleitet. Jeden Tag finden Diskussionen in den verschiedenen Bereichen der Fabrik statt. Alles mit der Unterstützung von einigen Freiwilligen, die sich unter dem Namen Aktionskomitee vereinigen. In jeder Information wird die Belegschaft aufgefordert, sich dem Aktionskomitee anzuschließen. Jetzt sind es etwa 60 Leute. Ebenso wird von außen ein Unterstützungskomitee gebildet. Auf der Ebene der Stadt werden Aktionen

- Blockade der Straßen an verschiedenen Punkten mit Flugblattverteilung
- Diskussionen mit Lautsprechern in der Stadt
- Flugblätter für die anderen Betriebe
- Kontakte mit allen Parlamentariern und Persönlichkeiten der Politik

Alle diese Aktionen mußten zu einer starken Bewußtseinsentwicklung der Belegschaft und der Leute der [illegible]dt führen, die sich umsetzen sollte durch das Ausmaß der Demonstration am 24. Mai 1973.

5 000 Leute mit dem Bürgermeister von Besancon an [illegible] Spitze. Die Zeitungen schreiben, daß [illegible] so etwas in Besancon seit dem Mai 1968 nicht mehr gesehen hat. Trotz dieser Popularität wird den Delegierten kein Vorschlag über die Zukunft des Unternehmens unterbreitet.

Mit Hilfe des Unterstützungskomitees organisieren das Aktionskomitee, die Belegschaft, die Delegierten eine Kampagne der Plakatierung, sie gehen zu den Arbeitern der Region: Pontarlier, Morteau, Vesoul, Sochaux, Dole werden besucht, um Flugblätter zu verteilen und zu diskutieren.

Sie haben immer noch keine Informationen trotz der Aufnahme von Kontakten mit den gerichtlichen Verwaltern. Die Belegschaft ist nicht bereit, sich damit abzufinden, ohne Wissen manipuliert zu werden und beschließt, die Direktoren zu besuchen, die noch in der Fabrik geblieben sind. Nach ihren Aussagen haben sie keine Informationen und wissen nichts. Man fordert sie daraufhin auf, ihr Gepäck zu nehmen und nach Paris zu fahren, um eine Lösung zu suchen. Sie haben unter diesen Umständen hier ja nichts zu suchen. Man teilt ihnen mit, nicht ohne Informationen zurückzukehren. Drei Direktoren reisen daraufhin ab, ein einziger bleibt, um zusammen mit den zwei Verwaltern eine Versammlung mit dem Betriebskomitee abzuhalten.

Die Belegschaft erwartet viel von diesen Verhandlungen und es wird gleichzeitig eine Betriebsversammlung einberufen, ein Delegierter stellt die Verbindung zwischen beiden Versammlungen über Telefon her.

Nichts, nichts, nichts, nur der Schatten der Darlegung der Bilanz und die Ankündigung, daß die Löhne nicht mehr bezahlt werden. Die Belegschaft beschließt daraufhin zu den Verwaltern zu gehen und sie als Geiseln zu nehmen, während man die Büros durchsucht, um Informationen zu finden. In der Aktentasche eines Verwalters entdeckt man ein Dokument, das die Gruppen andeutet, die die neue Gesellschaft [illegible]ilden sollen, die vorgesehenen Entlassung[illegible] (ungefähr 450) und andere Maßnahmen.

Trotz ihres Zorns sind die Arbeiter nicht böswillig; Essen und T[illegible]en wird diesen Herren bereitgesellt. Am [illegible]end kommt der Polizeiinspektor, um die Geiseln zu holen, er will nicht ohne sie weggehen, wir wollen uns nicht von ihnen trennen. In der Nacht kommen die CRS, sie zu befreien. Nach einigen Schlägen mit dem Gummiknüppel, einigen Faustschlägen gibt die Belegschaft ihre Geiseln heraus. Man beschließt, die Fabrik zu besetzen. Während man die Wunden leckt, das Abenteuer diskutiert, trifft sich eine Gruppe von Arbeitern. Überlegung: wenn man uns hinausschmeißt (durch die CRS möglich), haben wir nichts mehr in der Hand. Wir werden die lebenden Geiseln durch Material ersetzen. In der Folge werden noch weitere Abzapfungen vorgenommen, wir erreichen einen Wert von Uhren in Höhe von 10 Mill. neuen Francs.





Alle Radiostationen, die Presse und das Fernsehen reden davon. Zwei Tage vor der Demonstration steigt die Popularität, diese wird ein großer Erfolg.

15 000 Leute von überall her, der Bürgermeister, der Bischof, Persönlichkeiten aus der Politik nehmen daran teil. Die Glocken haben geläutet während der Kundgebung am Place St. Pierre. 3/4 der Geschäftsleute haben ihren Laden geschlossen. Eine Masse Leute schauen uns von den Bürgersteigen zu. Die Provokation durch die Polizei beginnt bei unserer Ankunft vor der Präfektur.

Eine Kette von Gendarmen quer über die Straße, ein Motorradpolizist wird geschickt und fordert sie auf zu gehen, was sie auch tun. Erst bei der Auflösung der Demonstration stürzen sie sich auf etwa hundert Demonstranten. Ein Geschäftsraum einer Zeitung wird von ihnen durchwühlt, ebenso Cafés, Wohnungen. Die Journalisten bringen alles in Riesenschlagzeilen. Auch das trägt nur dazu bei, die Unterstützung durch die Bevölkerung zu verstärken.

Nun mußten wir nach jeder Manifestation ein neues Ziel bestimmen, das es in der Steigerung des Kampfes zu erreichen galt. Eine neue Demonstration hätte nichts gebracht, deswegen haben wir unter Billigung der ganzen Belegschaft beschlossen, die Produktion der Uhren wiederaufzunehmen und den Verkauf der Uhren zu organisieren. Um das durchzuführen, brauchten wir nicht arbeiten wie unter den Chefs. Wir haben daher Kommissionen gebildet, die sich einmal am Tag treffen.

Die Reaktion in der Fabrik

Seit sich die Nachricht von dem Gerichtsurteil verbreitet, kehren viele Arbeiter – es ist Abend – in die Fabrik zurück. In weniger als einer Stunde sind mehrere hundert Arbeiter um die Wache in der Fabrik versammelt. Aus den Diskussionen ergibt sich, daß ein Polizeieinsatz vor einem Treffen Giraud – Charbonnel nicht wahrscheinlich ist.

Am nächsten Morgen, Donnerstag, geht die Arbeit in den Kommissionen weiter. Um 14.30 Uhr erscheinen der Gerichtspräsident und der Konkursverwalter Maitre Jacquot, um ihre Siegel anzubringen. Es wird ihnen im Namen von allen gesagt: „Die Belegschaft lehnt es ab, daß Sie Ihre Mission ausführen". Indem sie die beiden begleiten, bekleben die Arbeiter ihren Wagen mit Solidaritätsaufklebern von oben bis unten, der Gerichtsvollzieher bekommt auch seinen Teil davon ab. In der Nacht noch treffen zahlreiche Solidaritätstelegramme ein, vor allem vier neue Vorankündigungen für den Fall eines Polizeieinsatzes.

In letzter Minute: KPF, Linksradikale Partei, Sozialistische Partei, Gewerkschaft der Lehrer, CFDT und CGT haben beschlossen, ein Solidaritätstreffen am 21. August 1973 in Paris zu organisieren.

Die Aktivität in der Fabrik

Produktionskomitee:
Uhrmacherei, Posten 249

Eine Woche nach Rückkehr aus dem Urlaub produzieren wir in normalem Rhythmus 800–1 000 Uhren am Tag, die zum Verkauf zur Verfügung stehen, nach hartem Test mit einem Aufschub von 6–8 Tagen.

Verkaufskommission,
Verkaufsmagazin, Posten 212

Jede verkaufte Uhr soll ein Zeichen unseres Kampfes sein. Deswegen wird jeder Käufer vom Empfangskomitee begrüßt, das unseren Kampf erklärt. Man kauft die Uhr vor oder nach dieser Erklärung. Die Verkaufsumstände haben sich verbessert, aber die Stundenpläne der Mitglieder der Kommission sind noch zu sehr angefüllt. Um vor allem die Arbeit in der Mittagszeit aufrechtzuerhalten,

DAS WORT DEN ARBEITERN VON LIP

wird um eine Verstärkung dieser Kommission gebeten. Am 6. August 1973 belief sich die Zahl der Verkäufe auf 56 500 Uhren, 8 230 9' ' FF.

Empfangskommission, Kundendienst 203, Posten 203:
Es sind vor allem Frauen, die an dieser Kommission teilnehmen. Sie bemühen sich, den Empfang in der Fabrik etwas lächelnder und liebenswürdiger zu gestalten. Die Mitglieder dieser Kommission verkaufen Postkarten „Lip" und Solidaritätsaufkleber. Sie legen das Bulletin „lip unité" vor und nehmen die Adressen der Leute auf, die es zugeschickt bekommen wollen. Ein Kinderladen wird ab 9. August 1973 eingerichtet. Die Kinder werden ab 8 Uhr von den Betreuern in Empfang genommen.

Sozialhilfe, Kundendienst 339, Posten 339:
Um die Krankenschwester der Fabrik zu ersetzen, wird eine staatlich geprüfte Krankenschwester von Besancon täglich von 10–11 Uhr Sprechstunde halten. Ein Arbeiter von Lip hat der Sozialhilfe geholfen beim Verschicken der Kinder in Ferienkolonien. 150 Kinder konnten auf diese Weise gratis Plätze erhalten, die von Betriebskomitees und befreundeten Gemeinden gestiftet wurden.

Kommission Restaurant, Saal 263:
Kürzlich haben die Bauern von Larzac 45 kg Käse von Roquefort geschickt, der von der ganzen Belegschaft geschätzt wurde. Einige gute Flaschen sind uns von der Gemeinschaftskellerei von Corbiere zugekommen. Wir haben auch den Ricard gern getrunken. Wir behalten weiter den Preis von 3,50 FF für eine Mahlzeit bei. Unsere Freunde, die zur Unterstützung unseres Kampfes kommen, können für 5 FF essen. Trotz dieses lächerlichen Preises konnte die Belegschaft Borelle, die von Borelle entlassen und von den Lip-Arbeitern wieder eingestellt wurde, von dem neuen Geschäftsführer, einem Angestellten von Lip, vergrößert werden, ohne die Hilfe irgendeiner Unterstützungskasse.

Solidaritätsbeiträge: Büro der Finanzdirektion, Posten 221:
Unser Kampf weckt immer weiter Sympathien in ganz Frankreich. Die Unterstützungssammlungen bis 7. August 1973 belaufen sich auf 378 324,75 FF, die Ausgaben in derselben Zeit auf 138 539,44 FF, also Überschuß von 239 785,31 FF.
Für jede Überweisung gilt folgendes Konto: Lip soutien personnel: C.M.D.P. numero 421 701 40
oder: Comite de defense Lip: C.M.D.P. numero 421 388 40

Geschäftsverkehr, Personalbüro Posten 243:
Für die Auszahlung am 2. August 1973 des ersten von Arbeitern gezahlten Lohns wurde ein spezieller Dienst eingerichtet.

Kommission für Öffentlichkeitsarbeit,
Organisation für Reisen und Treffen, Kundendienst 283, Posten 236: Zahlreiche Delegationen von Lip überschwemmen Frankreich, halten Informationsversammlungen ab, haben Diskussionen mit Arbeitern in Fabriken. Die Unkosten dieser Delegationen werden von der Solidaritätskasse getragen.

Journalisten – Empfang, Kundendienst 215, Posten 215:
Die Journalisten werden gesondert empfangen, sie kommen von Presse, Fernsehen und Rundfunk aus ganz Frankreich, den benachbarten Ländern, sogar aus USA, Japan, Schweden.

Unterhaltung
Unter Mitwirkung der Leute vom Unterstützungskomitee befaßt sich diese Kommission damit, Sänger zu kontaktieren, Unterhalter vor allem für ein Fest in der Fabrik am 18. und 19. August zu organisieren. Wir können jetzt schon die Teilnahme von Anne Verderlove ankündigen. Wir hoffen, daß Ihr zahlreich kommt.



Samstag, 13. August 1973: M. Charbonnel hat uns im größten Hotel der Stadt das Diktat unterbreitet, das uns Charbonnel aufzwingen wollte. Die Vertreter unserer Gewerkschaften CFDT und CGT und des Aktionskomitees (Ausdruck des einheitlichen Willens der Arbeiter) sind um 17 Uhr zu M. Giraud gegangen – fünf Minuten vor seiner Abfahrt, um ihm die Gesamtheit unserer Forderungen nochmals vorzutragen und um unsere Ablehnung dieser Parodie von Verhandlungen zu erklären. Während des Sonntags und des Montags wurde eine ganze Kampagne eingeleitet, um glauben zu machen, daß die Belegschaft in „harte" und „weiche" aufgespalten sei, in Befürworter und Gegner von Verhandlungen.

Wir haben versucht, dieser Kampagne entgegenzutreten, indem wir kategorisch dementieren: CGT, CFDT und Aktionskomitee haben in Flugblättern und Erklärungen an die Presse ihren Wunsch nach Verhandlungen bekräftigt, auf der Basis unserer Forderungen und ohne Vorbehalte.

Statt Verhandlungen hat die Regierung die Lösung durch Gewalt gewählt

Dienstag, 14. August 1973
Hier der Bericht, der auf der Generalversammlung am 14.8. 1973 von einem Arbeiter gegeben wurde, der in der Nacht Wache hatte:

Es war 5.20 Uhr, als eine Person aus Chateaufarine kam und der Wache mitteilte: sie sind da. Wenig später bestätigt ein Autofahrer, der aus Richtung Pouilley-les-Vignes kam, die Meldung. Es sind sofort welche losgezogen, um Verstärkung zu holen. Ich habe die Sirene betätigt. Sie sind sofort über uns hergefallen, sie kamen von allen Seiten. Sie haben die Gitter aufgeschnitten, die Tore mit Brechstangen aufgehebelt, die Scheiben des Empfangsgebäudes eingeschlagen. Ich habe ihnen gesagt: Es ist jetzt noch nicht die Zeit für den Uhrenverkauf ... Sie haben dann den Strom unterbrochen, der Kommissar, der dabei war, hat zu ihnen gesagt: durchsucht alles.

Auf jeden Fall kann die Fabrik ohne uns nicht laufen; ohne etwas zu beschädigen haben wir bestimmte für die Produktion und die Kontrolle unbedingt notwendige Teile entfernt. Man wird ja bald sehen, ob sie Polizeiingenieure, Polizeiuhrmacher, Polizeimechaniker haben.

Ab 5.30 Uhr sind alle Zugangswege zur Fabrik von CRS blockiert. Ab 7.30 Uhr kommen die Arbeiter und die Bevölkerung aus der Gegend von Besancon, alarmiert durch Rundfunk und Lautsprecherwagen, die durch die Stadt fahren, um ihren Zorn und ihre Unterstützung zu demonstrieren. Arbeiter von der Rhodia, Postangestellte, Eisenbahnarbeiter kommen in Gruppen oder im Demonstrationszug. Anschließend eine Demonstration, ausgehend von der Kelton mit einer einheitlichen Banderole. Dann kommen nacheinander mit eilig zusammengebastelten Transparenten oder Kartons oder einfach mit Papierblättern, worauf die Namen der Unternehmen stehen, Arbeiter von Monnier, die städtischen Dienste, von Unimel, von der Sozialversicherung, von Spiraux, von Yema, von Mikromega (letztere sind Zuliefererbetriebe von Lip), von Weil. Die Demonstranten sammeln sich auf der Hauptstraße, die zur Fabrik führt. Ein ständiger Informationsdienst meldet die neuen Arbeitsniederlegungen, die Solidaritätsschreiben, die gewerkschaftlichen Stellungnahmen und die der Parteien. Für den Nachmittag wird eine Demonstration um 15 Uhr beschlossen.

Um 10.30 Uhr wird eine Generalversammlung abgehalten, die praktisch die ganze Belegschaft vereint, in einem großen Kinosaal in der Nähe, der in unserem Rückzugsplan vorgesehen war. Die Arbeiter von der Nachwache erklären, was sich ereignet hat. Wir ziehen den Schluß:

1. Der Staat hat sich demaskiert, er hat den Wünschen des französischen Unternehmerverbandes, der multinationalen Firma Ebauches AG nachgegeben.
2. Diese gewaltsame Räumung ist ein Schlag ins Gesicht. Wir fühlen uns stark genug, ihm zu begegnen, ihn ins Leere gehen zu lassen.
3. Wir erklären feierlich, mit der Billigung von Millionen von Arbeitern, daß wir weitermachen mit der Produktion, dem Verkauf und wenn notwendig mit der Auszahlung der Löhne.

M. Minjoz, sozialistischer Bürgermeister, ist vor der Generalversammlung erschienen, um die Unterstützung der Gemeinde zu erklären und um klarzustellen, daß der Einsatz der Polizei ihm weder vom Präfekten noch von der Regierung angekündigt wurde. Um 15 Uhr sammeln sich auf der Demonstration, die in sechs Stunden vorbereitet wurde, eine vollständige Palette aller Unabhängigen der Gegend: mindestens 1[illegible]000 Menschen sind während drei Stunden durch Besancon marschiert.

In der Nacht vom 14./15. 8. 1973: Das Kommando der Gardes mobiles ist bis vor die Sozialwohnungen des Wohnviertels von Palentes postiert. Einwohner von Besancon, Arbeiter von Lip, Menschen, die sich aus Solidarität versammelt haben und die aus der Gegend und sonstwo gekommen sind, haben ihre Wut während eines großen Teils der Nacht demonstriert. Um den Sprechchören und Steinwürfen zu antworten, schoß die Gendarmerie (Gardes mobiles) mit Tränengas und grenades offensives verstärkt bis spät in die Nacht hinein.



Vietnam zu Ende – bei LIP geht es los

Ein Arbeiter: *Das ist passiert, als die CRS weggegangen sind, nachdem sie die beiden Verwalter, die wir festgesetzt hatten, befreiten. Sie hatten Polizeiwagen auf dem Parkplatz, gegenüber der Werkswache. Es war gegen Mitternacht. Sie sind ziemlich schnell weggefahren, weil sie Steine von der Belegschaft empfingen. Da sind sie schneller abgehauen als sie gekommen sind! Wir hatten ursprünglich nicht die Absicht, den Empfang zu übertreiben, aber als wir gesehen haben, was die gemacht hatten (Zerstörungen in der Fabrik), haben wir sie mit Steinwürfen und so hinausbegleitet. Als sie in ihre Polizeiwagen gestiegen sind, haben sie solche Manöver veranstaltet, daß sie sich gegenseitig hineingefahren sind, sie wußten nicht mehr, was sie wollten, so schnell wollten sie sein. Sie haben die Scheiben eingedrückt, die Scheinwerfer usw. ... alles kaputt, das hat einen großen Haufen Glas gegeben auf der Straße Morchaux! Sie haben sogar Leute angegriffen, die nicht zu Lip gehörten, die waren vollkommen durcheinander!*

„Auf jeden Fall kann die Fabrik ohne uns nicht laufen."

Ein Arbeiter: *Am Anfang gab es gewerkschaftlich organisierte Versammlungen, um Informationen zu geben über die Entlassungen und die Aufspaltung des Unternehmens. Damit die Arbeiter etwas zu sagen hatten und an den Entscheidungen teilnahmen, haben wir das Aktionskomitee gebildet. Es setzt sich zusammen aus einem Vertreter pro Montageband oder Abteilung, diese Vertreter werden jeden Tag gewählt, die Arbeiter entscheiden, wer zur Versammlung geht. Das Komitee umfaßt etwa 30 Personen. Die Delegierten der Arbeiter kommen und sagen, was die Kollegen denken, und kehren zurück an die Bänder oder in die Abteilungen, um ihnen die Entscheidungen des Aktionskomitees zu erklären. Das Aktionskomitee ist der Ort, wo die unmittelbaren Delegierten der Arbeiter mit den Gewerkschaftsdelegierten diskutieren.*



L'A.G. quotidienne : tout le personnel dans le refectoire

Die tägliche Generalversammlung im Speisesaal



Der Plan Ebauches S. A.: Man rettet das Boot, aber die Belegschaft — — sie schwimmt

Ein Lagermeister: *Ich habe am Anfang beim Verkauf der Uhren mitgearbeitet, aber das war zu ermüdend, darauf habe ich die Maschine gereinigt, dann das Restaurant. Man macht das, was sich gerade anbietet, ich habe sogar einen mittleren Angestellten auskehren sehen ...*

Eine Arbeiterin zu Journalisten vom ORTF: *Und die Photos, die ihr macht, die müßt ihr auch verteilen, sonst nützt das überhaupt nichts. Ich glaube langsam, daß ihr Filme und Photos nur bringt, wenn ihr von der Polizei verprügelt werdet.*

Ein Lip-Arbeiter: *Wir warten auf die Bullen; wenn wir Waffen hätten, wäre es noch besser.*

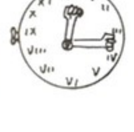
Eine Arbeiterin: *... als das alles noch nichts gebracht hat (Demonstrationen, Flugblattaktionen, Aufrufe an die „Verantwortlichen" wegen der Gerüchte um Entlassungen) haben wir uns entschlossen, die Produktion zu senken, wir haben nur mehr ein Drittel von dem produziert, was wir vorher gemacht hatten. Es sind Verwalter ernannt worden, die haben uns zusammengerufen, um uns Unverschämtheiten zu sagen. Wir haben nichts daraus für unsere Situation lernen können. Also sind wir eines Tages in Wut geraten und alle Arbeiter sind zu den Büros gegangen, und haben den Direktoren gesagt, sie sollten ihre Aktentaschen nehmen und in Paris Informationen holen. Es waren nicht die Delegierten, die drängten, sondern alle Arbeiter.*

Eine Arbeiterin vom Pressekomitee: *In der Fabrik sind 80 % gewerkschaftlich organisiert. Die CFDT hat die Mehrheit seit den Wahlen 1972. Die Beziehungen zur Presse? Am Anfang waren die Journalisten mit uns, jetzt ändert sich das ein wenig.*

Ein Arbeiter: *Wir hätten die Verwaltung in unsere Hände nehmen können, aber das war alles so ein Trümmerhaufen. Der hätte nicht beseitigt werden können, ohne den Sozialismus einzuführen. Deswegen sagen wir auch, daß wir die Fabrik nicht in Selbstverwaltung übernehmen (die Regierung hatte vorgeschlagen, die Fabrik als Arbeiterkooperative weiterzuführen). Hier gab es 12 Direktoren! Die haben sich davongemacht und 12, 20, 24 Millionen Schulden hinterlassen (alte Francs, 120 000 neue FF usw.) und sie fanden sofort eine andere Fabrik zum „Dirigieren". Das Geld war sozusagen die Entlohnung dafür, daß sie „Fabrikationsgeheimnisse" wahren würden. Als die Amerikaner „Zenith" aufgekauft haben (eine Uhrenfabrik in Besancon) haben sie 40 Leute rausgeschmissen, die nie mehr eine gleichwärtige Stelle gefunden haben. Aber damals haben wir noch nicht daran gedacht, daß uns so was passieren könnte. Trotzdem haben wir von da an die Ohren gespitzt.*

„Illegalität ist, wenn ein Kapitalist 800 Arbeiter und 1500 Angestellte auf die Straße setzen will"





Ein Delegierter von der CFDT: *Hier hat sich immer alles in voller Öffentlichkeit abgespielt. Die Journalisten, die Gewerkschafter, jedermann konnte immer hierher kommen und sehen, was lief, z. B. mit dem Geld. Wir haben eine Sammlung gemacht am Tag der wilden Zahlung für den Unterstützungsfonds; wir haben 30 000 FF gesammelt. Dieses Geld behalten wir nicht nur für uns. Wir haben 2 000 FF zur Seducta geschickt, einer Fabrik, die streikt in Romans, 15 000 FF nach Pechiney Nogueres, 2 000 FF den Arbeitern einer Fabrik in der Nähe von Dole, die für die Anerkennung der gewerkschaftlichen Rechte kämpft.*

Der Delegierte der CFDT: *Ja, glücklicherweise. Wir mußten schnell machen, die Polizei hier, die fackelt nicht lange. – Nun gut, auf der Betriebsversammlung am Morgen haben sich die Leute erst die Untaten der Polizei angesehen und dann haben wir hier die Entscheidungen erklärt, die wir in der Nacht getroffen hatten. Und ich sag es dir gerne, das hat den Beifallssturm gegeben, alle haben sich einverstanden erklärt: Nicht ihr allein habt die Uhren weggenommen, wir alle haben das getan!*

Ein Angestellter von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit: *In der Nacht von Sonntag auf Montag, 5./6. 8. 1973, haben wir alle alten Brotkrusten, die wir finden konnten, in große Schachteln getan, und wir haben die Fabrik verlassen, als ob das schwer wäre. Wir sind keine 200 m weitgekommen mit dem Wagen, als uns die Bullen auch schon anhielten. Sie haben den Wagen gefilzt und die Personalien kontrolliert. Als sie die Brotkrusten gefunden haben, da hättet ihr mal ihre Gesichter sehen sollen, ist doch lustig, nicht?*





INTERVIEW MIT EINEM VERTRAUENSMANN

L. C.: Viele sagen, daß ihr eine Form von Selbstverwaltung praktiziert, welches Urteil gebt ihr über euren Kampf?

Lip: Vor allem denken wir, und die Arbeiter sind sich darüber sehr bewußt, daß Selbstverwaltung in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist. Für uns bedeutet die Entscheidung, die Produktion wiederaufzunehmen und die Uhren zu verkaufen, auch innerhalb der Besetzung, eine besonders einschneidende Kampfform. Diese Kampfform hat bewirkt, daß alle Arbeiter in Frankreich mit Aufmerksamkeit und Unterstützung auf Lip schauen.

L. C.: Welche Diskussion habt ihr über den Lohn geführt und wie habt ihr euch bezahlt?

Lip: Darüber gab es eine lange Diskussion in der allgemeinen Versammlung. Auf Anstoß einer Delegation der OS von Renault haben wir gleichen Lohn vorgeschlagen, 1 050 FF für die CGT-Mitglieder und 1 300 FF für die der CFDT. Doch in der Versammlung haben einige Arbeiter das Problem angesprochen, daß für alle die Bedürfnisse nicht gleich sind. Es gibt einige mit großen Familien, es gibt Junggesellen etc. Andererseits gab es hochqualifizierte Facharbeiter, die seit vielen Jahren bei Lip arbeiten und die es nicht für richtig halten, daß ihr Lohn gekürzt würde. In dieser fünfstündigen Versammlung sind wir uns dann darüber klar geworden, daß der Vorschlag gleicher Lohn für alle bezüglich der Arbeiterzusammensetzung der Lip supersozialistisch war, d. h. abstrakt richtig, doch konkret lief er Gefahr, Spaltung zu erzeugen. Und da für uns die Einheit der Arbeiter eine grundsätzliche Sache ist, haben wir gedacht, daß es so richtiger wäre; das Ergebnis der Versammlung war dann: jedem Arbeiter den Lohn zu geben, den er vor der Besetzung erhielt.



L. C.: Wie habt Ihr Euch innerhalb der Fabrik organisiert, und genauer: wie sind die Beziehungen zwischen den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der CFDT und CGT, dem Aktionskomitee und der allgemeinen Versammlung?

Lip: Eins vor allem: die Macht zu entscheiden, liegt ausschließlich in Händen der Versammlung aller Arbeiter, die wir jeden Tag einmal machen. Jede Form von Organisation innerhalb der Fabrik, die alle Arbeiter betrifft, muß in der allgemeinen Versammlung beschlossen werden, und die Arbeiter sind darin sehr streng (rigid). Die grundsätzlichen Strukturen sind allerdings die der Kommissionen: die erste ist die Produktionskommission, die etwa 50 Arbeiter umfaßt, die sich um die Fortführung der Produktion kümmert, alle technischen Probleme zu lösen hat, die durch den Wegfall der Leiter entstanden sind; die zweite ist die Verkaufs- und Buchhaltungskommission, die die Aufgabe hat, die Uhren zu verkaufen und die gesamte Buchhaltung zu führen; die dritte ist die wichtigste von allen, es ist die Kommission, die die Aufgabe hat, den Kampf zu verallgemeinern (popularisieren). Sie ist mit verschiedenen Aufgaben beauftragt: Die Hauptsache ist, unseren Kampf allen anderen französischen Arbeitern bekanntzumachen; die Genossen, die daran teilnehmen, sind gegangen und gehen weiterhin in alle französischen Fabriken, um dort Versammlungen abzuhalten, sie organisieren Reden und Demonstrationen, einige sind verantwortlich für den Kontakt mit den Bauern, im besonderen für unsere Beteiligung am Marsch in Larzac. Dann gibt es einige Genossen, die sich mit der Redaktion unseres täglichen Nachrichtenblattes (Bulletins) beschäftigen, mit den Beziehungen zu den Journalisten, mit Plakaten und der Propaganda im allgemeinen.

Fortsetzung Seite 18

Interview Lip

INTERVIEW LIP

(Fortsetzung von Seite 17)

Ein wichtiger Bestandteil dieser Arbeit ist, in die Redaktionen der Zeitungen zu gehen, die falsche Sachen über unseren Kampf geschrieben haben, und sie zu einer Richtigstellung anzuhalten. Diese Kommission ist die zentralste, weil wir genau wissen, daß wir nicht gewinnen können ohne die Unterstützung der anderen französischen Arbeiter, und wir sind heute stark, weil die Solidarität mit Lip in ganz Frankreich verbreitet ist. Dann haben wir eine Kommission, die kulturelle Schauspiele und Volksfeste in der Fabrik organisiert. Die Kommissionen haben keine gewählten Anführer, sondern es sind die Genossen, die am stärksten ziehen, sich mehr einsetzen als andere, es sind die Genossen „Animateurs", deren Arbeit in den allgemeinen Versammlungen oder in den Kommissionen kontrolliert wird. Jedem Arbeiter ist es freigestellt, an der einen oder anderen Kommission teilzunehmen oder, wenn er will, die Kommission zu wechseln.

L. C.: Wer ist bei den Verhandlungen anwesend?

Lip: Die CGT wollte, daß nur gewerkschaftliche Delegierte anwesend seien, doch in der Versammlung hat man beschlossen, daß für die Verhandlungsdelegation sowohl Gewerkschaftsmitglieder und Genossen aus dem Aktionskomitee teilnehmen sollen.

L. C.: Was kannst du uns über das Aktionskomitee sagen?

Lip: Das Aktionskomitee ist eine offene Struktur von etwa 100 Genossen, das sich öffentlich trifft, darunter sind sowohl gewerkschaftseingeschriebene Genossen und solche, die das nicht sind. Die CFDT war sofort damit einverstanden, die CGT wollte am Anfang, daß es nur auf Gewerkschaftsmitglieder beschränkt bleibt; auch hier hat die Vollversammlung ihren Willen durchgesetzt.

L. C.: Zu der Produktion während der Besetzung: wieviel Arbeiter machen sie, mit welcher Arbeitszeit und in welcher Form?

Lip: Die Arbeiter, die arbeiten, sind 120, d. h. die Montageabteilung. Die Arbeitszeit ist sehr frei, normalerweise 4–6 Stunden, denn wir befinden uns im Kampf und arbeiten nur für den Lohn und nicht für den Kapitalisten. Es ist eben eine Kampfform und nicht Selbstbestimmung. Deswegen haben wir die Bandgeschwindigkeit und den Akkord abgeschafft und jeder kann aufhören, wann er will. Bei bestimmten Arbeiten haben wir die regelmäßige Abwechslung beschlossen, hingegen für die Buchhaltung wäre das nicht sehr nützlich für den Kampf, da man dafür eine lange Erfahrung braucht.

L. C.: Ihr habt sehr harte Kampfformen angewandt, wie z. B. die Einsperrung von Direktionsmitgliedern, Enteignung, den Verkauf der Uhren, die offene Besetzung etc. Die bürgerlichen Zeitungen sagen, ihr befindet euch in der Illegalität und seid gewalttätig. Was denkst du darüber?

Lip: Illegalität ist, wenn ein Kapitalist 800 Arbeiter und 500 Angestellte auf die Straße setzen will. Auf der anderen Seite, wenn wir gewinnen wollen, müßten wir den Kapitalisten voll treffen und uns zur gleichen Zeit den Lohn garantieren. Wenn diese Kampfform für die Unternehmer und die Bourgeoisie illegal sind, beweist uns die Solidarität und Unterstützung, die uns alle Arbeiter in Frankreich entgegenbringen, daß sie legitim und richtig ist. Sicher handelt es sich um verschiedene Gesetze; wir und die Kapitalisten können nicht die gleichen haben!

L. C.: Wie denkst du, wird euer Kampf ausgehen, und was denkst du, wird geschehen, wenn die Fabrik anfängt, wie eine normale kapitalistische zu funktionieren, mit Meistern, Leitern und Unternehmern?

Lip: Wir haben zwei Ziele ziemlich klargestellt: daß kein Arbeiter entlassen wird oder daß die Fabrik nicht zugemacht oder umstrukturiert wird. Wir denken, daß wir darüber gewinnen werden, weil die Kapitalisten von Lip und die Regierung in der Isolation sind. Wenn die Bullen die Fabrik räumen, haben wir für sie eine Überraschung vorbereitet und außerdem bin ich sicher, daß sich die Arbeiter in ganz Frankreich mobilisieren werden. Jedenfalls, wenn die Fabrik wieder beginnt mit Meistern und Leitern etc. zu produzieren, wird es nicht mehr wie vorher sein. Die Arbeiter der Lip machen sich keine Illusionen, sie wissen, daß die Freiheit von heute vorübergehend ist, doch sie sind fest entschlossen, daß kein Meister sie mehr wie Sklaven behandeln kann. Die Meister, die bei der Wiederaufnahme der normalen Produktion das neue Kräfteverhältnis nicht akzeptieren werden, müßten gehen. Kein Arbeiter wird mehr seinen Kopf vor einem Meister beugen.

Oh Selmi-Haus, Oh Selmi-Haus bei dir geh'n nie die Lichter aus





Deutschlands derzeit höchstes Bürohochhaus – 140 Meter, 42 Stockwerke, 100 Millionen Baukosten, kurz vor dem Richtfest – es brannte lichterloh!

Sein Bauherr ALI SELMI ist in Frankfurt kein Unbekannter mehr. 46 Jahre alt, geboren in Persien als Kaufmannssohn, Schah-Verehrer, wohnhaft in Königstein/Taunus, Privatbankier. Befragt über die Herkunft seines schier unschätzbaren Spekulationsvermögens: Sparsamkeit.

Über seine Kreise hinaus wurde der Sparsame berühmt anläßlich der Besetzung eines seiner 85 Häuser in Frankfurt, Grüneburgweg. Selmis Hausverwalter stellte bei der Polizei den Antrag auf sofortige Räumung. Dies geschah – und war der brutalste Bulleneinsatz in Frankfurt seit der Springerblockade. Drei Tage später wurde aus einer Demonstration von 3 000 heraus die Bockenheimer Landstraße 111 besetzt. Von da an hatten Selmi und Konsorten nur verringerte Freude an der Grundstücksspekulation. Der Frankfurter Häuserkampf hatte begonnen!

Doch Selmi gings noch immer viel zu gut. Das zeigte sich, als irgendwer aus Selmis Villa Bargeld und Schmuck im Wert von vier Millionen klaute. Wer von uns hat soviel schon im Haus?

Doch damit nicht genug. Wenn man nicht so böswillig sein will und Selmi unterstellt, daß er sein Geld hat stehlen lassen und sein Hochhaus hat brennen lassen, um hohe Versicherungssummen zu ergaunern (wer weiß?), dann hats ihn mit dem Brand erneut getroffen. „Aber nicht den Falschen, solchen Schweinen geschieht das grade recht." So jedenfalls die überwiegende Reaktion von Tausenden von Leuten, die sich dieses überwältigend schöne Feuerwerk gratis ansahen. Die obersten zwei Stockwerke brannten wie eine Fackel, drei Stockwerke drunter noch eins. Überall dazwischen neu entstehende Brandherde. Holzbalken, Balkongitter, schließlich Stahlträger und Deckenkonstruktionen stürzten wie Raketen 140 Meter, überschlugen sich glühend in der Luft und schlugen prasselnd und funkenstiebend auf die Straßen und Plätze rundherum. Nach Stunden schließlich begann sich der eine Baukran am Hochhaus in der Hitze verdächtig zu biegen, zusammengekracht ist er nicht. Unmittelbar gefährdet wurde kein Mensch, lediglich die Feuerwehrmänner mußten einen halsbrecherischen Einsatz an des Spekulanten Prachtturm machen. Und wie bei einem Freudenfest, so war teilweise die Stimmung, nicht nur unter Genossen, sondern unter den Leuten. Bier- und Sektflaschen und Ferngläser kreisten, Fremde sprachen, staunten, diskutierten und lachten miteinander. Nicht wir, irgendwelche Leute riefen: „So ein Tag, so wunderschön wie heute; Selmi, Du denkst noch an den Kettenhofweg; der Selmi brennt, die Linke kichert, hoffentlich Allianz versichert." Unbekümmert und mit teilweiser Genugtuung: „Das war Brandstiftung." Und irgendeiner drehte der Feuerwehr sogar den Wasserschlauch zu. Und hinter uns schrien einige hoffnungsvoll: „Das Scheiß-Bullenpräsidium müßte Feuer fangen und mit allen Akten abbrennnen." und vor uns verhöhnten sie die Bullen, die immer wieder ‚Zurücktreten' krächzten.

Manche von uns hatten fast Furcht gehabt, als wir hingekommen waren, unsere Freude den Leuten auf der Straße zu zeigen. Wir hatten gedacht, die sind dann sauer. Daß das nicht so war, das war eine ungeheuer gute Erfahrung. Das macht den Unterschied zu der Kaufhausbrandstiftung der Genossen vor einigen Jahren. Damals konnten die Leute nicht den Zusammenhang begreifen zwischen dem Konsumterror hierzulande und dem Leid in der Dritten Welt und der Empörung der Genossen, die von diesem Zusammenhang wußten und danach handelten. Viel zu sehr waren und sind die Wünsche der Leute auf all die Waren gerichtet, die in dem Kaufhaus liegen. Sie brauchen sie ja auch. Den Leuten erschien die Protestaktion der Genossen in keinem Verhältnis zu ihrem Anlaß, der zwar schrecklich war, aber abstrakt, weil selbst nicht erfahren. Ganz anders war es hier, wo jedem der Zusammenhang zwischen dem Millionenprojekt und Selmis Spekulation, zwischen Bürohochhaus und Gefährdung und Zerstörung der Stadt, zwischen Brand und Häuserkampf klar geworden war, wo jeder diesen Zusammenhang täglich erlebt.

Die Leute hatten verstanden und die Brandstiftung war in ihrem Bewußtsein nicht mehr kriminell, sondern ein sinnvolles Symbol.



KRITIK an die Redaktion von WWA

Ausführliche Stellungnahme nächste WWA. Vorläufig dies:

„Für die Schreibenden ist wichtig, daß sie den Ton der Wahrheit treffen. Für gewöhnlich hört man da einen sehr sanften, wehleidigen Ton, den von Leuten, die keiner Fliege weh tun können. Wer diesen Ton hört, und im Elend ist, wird elender. So sprechen Leute, die vielleicht keine Feinde sind, aber bestimmt keine Mitkämpfer. Die Wahrheit ist etwas Kriegerisches, sie bekämpft nicht nur die Unwahrheit, sondern bestimmte Menschen, die sie verbreiten." (B. Brecht)

In der BRD und West-Berlin gibt es politische Gefangene. Diese werden über Monate und Jahre total isoliert. Das ist Folter!

Vom 8. Mai bis 1. Juli 1973 haben die politischen Gefangenen einen Hungerstreik gemeinsam durchgeführt, um gegen die Folter zu kämpfen. Die Folter soll ihren Widerstand brechen, d. h. ihre politische Identität zerstören – sie vernichten. Die Hungerstreikerklärung der politischen Gefangenen wurde von euch in Einheit mit der bürgerlichen Presse bewußt totgeschwiegen. Damit seid ihr faktisch Vollzugsorgan von Knoblich, Strack, Martin, die eine Postsperre bzw. politische Zensur gegen die Genossen verfügt haben. Damit unterstützt ihr die Folter.

Eure Alternative war, da man den Hungerstreik ja nicht ganz totschweigen konnte, unpolitischer Knastkitsch; jämmerlich, weil ihr reformistische Forderungen übernehmt, ohne sie zu kritisieren – weil sie von Gefangenen kommen, sollen sie richtig sein, siehe Artikel über Straubing. Das ist Massenopportunismus! Ihr versteckt euch permanent hinter den „Massen", um selbst nicht kämpfen zu müssen.

Es gibt kein – Solidarität ja, aber ... – entweder ihr seid bereit gegen die Folter zu kämpfen, d. h. auch die Durchbrechung der politischen Zensur, d. h. wenigstens die Erklärungen der Genossen zu verbreiten, oder ihr bleibt das linke Vollzugsorgan von Knoblich, Strack, Martin. Ihr müßt euch entscheiden, auf wessen Seite ihr steht!

Delegiertenversammlung der Komitees gegen die Folter an den politischen Gefangenen in den Gefängnissen der BRD

Frankfurt a. M., 9. 9. 1973

Erich Fried
Anleitung zur Erhaltung der Schlagkraft

Viel Feind, viel Ehr

Feinde sind zu weit entfernt
und meistens
zu gut gesichert

Drum ernenne Freunde
zu Feinden
und schlag ihnen
die Fresse ein

Machst du sie dadurch
erfolgreich
zu Gegnern
so kannst du dich rühmen:

Ich war der erste
der aufstand und losschlug
im Kampf gegen sie



und ... Opel-Rüsselsheim ...?



Rüsselsheim wurde von dem Streik überrascht – kaum einer hatte damit gerechnet, daß es in Bochum losgehen könnte. An die Möglichkeit, selbst zu streiken, hatte wohl kaum einer der Leute, mit denen ich geredet habe, konkret gedacht. Die vorhergehenden Streiks in Mittel- und Kleinbetrieben wurden zwar registriert, waren aber nicht so dominant, daß jetzt so darüber geredet wurde, als ob man selbst auch streiken müßte. Es gab zwar den ganzen Sommer über immer wieder Diskussionen über die Preissteigerungen, aber daß man jetzt kollektiv dagegen was machen sollte, tauchte in den Gesprächen nicht auf. Eher wurden Tips gegeben, wo man billiger einkaufen könnte.

Als es in Bochum losging – 11 Uhr erste Nachricht, 14 Uhr Arbeitsbeginn – war die Stimmung dann auch nicht so: ‚Wir müssen uns sofort dem Streik anschließen, deren Forderungen sind auch unsere Forderungen', sondern meist wurde betont, daß es richtig ist, daß die streiken und an und für sich ist unsere Lage auch nicht besser als ihre, die Preise betreffen uns genauso, unser Geld wird auch immer weniger – aber die spontane Empörung fehlte, die Argumente für einen Streik blieben abstrakt und blaß. Die Spannung, daß etwas passieren könnte, lag in der Luft, aber alle warteten ab, daß irgendwas passiert, daß einer anfängt. Typisch war vielleicht, als einer der Arbeiter, der zum Arbeitsbeginn in Zivil durch die Abteilung lief, um zum Arzt zu gehen, zu den anderen grinsend meinte, ‚jetzt geht's los, stellt die erste Streikbrigade zusammen'. Ein Streik war so fern, daß man Witze darüber machte, anstatt sich konkrete Maßnahmen zu überlegen.

Diese Abstraktheit machte sich auch in den Pausengesprächen bemerkbar: an und für sich ist Streik gut, Italien, Frankreich wurden lobend erwähnt, England: ‚Einer wird rausgeschmissen, sofort streiken 10 000 Mann', aber es war typisch, daß man soweit weg argumentierte: ‚Die in Italien und Frankreich lassen sich nichts mehr gefallen, in Bochum haben sie jetzt auch die Nase voll – aber in Rüsselsheim ist das eben alles anders'.

Das war am Mittwoch und Donnerstag – die Spannung lag in der Luft, man sympathisierte, redete über Streiks im allgemeinen und besonderen, wartete ab, ob hier was passiert, aber unternahm nichts Konkretes, es blieb beim ‚man müßte'. Im Laufe der ersten beiden Tage wurde das ‚man müßte' immer abstrakter, das schlechte Gewissen wurde größer. Es war klar, daß das nicht ein kleiner Warnstreik war, sondern daß die in Bochum es ernst meinten. Immer mehr Aber-Argumentationen tauchten auf und wurden begierig übernommen, um sich für die eigene Unfähigkeit und Angst zu legitimieren.

Wenn man jetzt die Leute auf den Streik ansprach, kamen entweder die ganzen Aber-Argumentationen (vor allem von den Abwieglern) oder (von den ‚besseren' Kollegen) wurde das Thema Streik sorgfältig vermieden. In der Pause redete man die ganze Zeit über Fußball, wenn man etwas agitierte, kam noch ein müdes ‚man müßte', aber damit war die Diskussion zu Ende. Ich hatte das Gefühl, die Kollegen wollten nichts mehr davon wissen.

KOMMT DOCH NICHTS RAUS DABEI – DER KLEINE MANN IS IMMER DER DUMME

ÄH, HMM!

Nachdem weder am Mittwoch noch am Donnerstag etwas passiert war, war die Luft in Rüsselsheim endgültig raus. Als dann am Freitag das Verhandlungsergebnis bekannt wurde und es nur noch um die Bezahlung der Streiktage ging, war eh alles vorbei: man gab sich wieder einmal mit ein paar Pfennig mehr zufrieden, hatte nichts riskiert – aus.

Die Aber-Argumente

Die Parkplätze sind voll – in Rüsselsheim gibt es Abs[illegible]chwierigkeiten – von vielen Kollegen wi[illegible] drohende Kurzarbeit erwartet – „Die in Bochum haben die Vorhand, der Kadett muß raus, hier käme ein Streik der Geschäftsleitung gerade recht, dann könnten sie die Leute, die sie eh zuviel haben, rausschmeißen" – Rüsselsheim ist in schlechter Kampfsituation.

In der Schmiede

Jeden Tag sind 10 bis 15 Leute zuviel, mit denen der Meister nicht viel anfangen kann. Sie werden irgendwo hingeschickt, um Hilfsarbeiten zu machen, oder sie stehen für die Arbeitstherapie bereit, schwingen den ganzen Tag den Besen oder putzen Maschinen. Das hat nichts mit Absatzkrise zu tun, sondern mit einer speziellen Umstellung in der Schmiede: Sämtliche Rekord-Pleuel (d. h. Arbeit für 10–12 Leute pro Schicht) werden seit dem Urlaub nicht mehr in Rüsselsheim geschmiedet. Die Maschinen stehen still und werden umgebaut. Die Nachtschicht wurde erheblich reduziert und auf beide anderen Schichten verteilt.

Für die Kollegen in der Schmiede war das ‚Keine-Arbeit; ein-Streik-käme-der-Geschäftsleitung-gerade-recht'-Argument besonders einleuchtend. Jeder war froh, wenn er nicht zu putzen brauchte oder sonstige Hilfsarbeiten machen mußte. Er hatte das Gefühl, daß der Opel ihn noch braucht. Zudem gab es Versetzungen in andere Abteilungen, allerdings kaum Rausschmisse. In dieser für sie kritischen Situation wagte keiner was zu machen. – Einer sagte, daß bei dem Mißtrauensvotum die Schmiede mit dem Streik angefangen hat und prompt von den anderen Abteilungen alleingelassen wurde. Jetzt sollten die andern mal anfangen, man selbst könne sich höchstens anschließen.

Betriebsrat, Vertrauensleute, Meister

An den ersten beiden Streiktagen (Bochum) sausten diese Typen in großer Menge durch die Schmiede. Sie waren kaum im Büro, sondern paßten offensichtlich auf, wie die Stimmung ist; wo Leute redeten, mischten sie sich abwiegelnd ein und versuchten durch ihre Präsenz die Leute zu befrieden. Zwei Betriebsräte liefen oft durch die Schmiede, wurden allerdings kaum angequatscht, weil die meisten schon wußten, daß es eh Abwiegler waren (ein Christlicher und einer von der Spalterliste). Sie plapperten auch prompt alles runter, warum man nicht streiken kann und darf. Der Vertrauensmann, ein lahmarschiger Typ, hatte deren Argumentation voll übernommen – also keine Initiative ‚von oben', die in der Schmiede was hätte ankurbeln können.

Die SPD

Beim Mißtrauensvotum gegen Brandt hat die Schmiede gestreikt. Gespräche und Absprachen in der Pause und dann ‚Wir haben alle angefangen zu streiken, die Stimmung war so'. Die damals gestreikt haben, hat der Brandt-Besuch im Juni nicht mehr interessiert. Ihre Erwartungen in die SPD, daß sie Arbeiterpolitik mache, sind desillusioniert. Sie fragen sich, was sie heute wählen würden: die einen sagen, die SPD ist schlimmer als die CDU, die arbeitet noch mehr mit den Unternehmern zusammen und die Gewerkschaften haben auch ihre Finger drin; die anderen flippen auf die FDP ein, auf die Trennung von Kirche und Staat. Am Untermain hat die katholische Kirche für sie eine konkret erfahrbare Macht.

Die Ausländer

Die ausländischen Kollegen schimpfen – arg wortradikal – auf die deutschen, daß sie nicht mitgemacht hätten. Sie selbst fühlen sich zu schwach, was zu machen. Sie fragen: „Was meinst Du, Rüsselsheim auch? Wir schlagen nicht los, die Deutschen müssen anfangen." Und die deutschen Kollegen schätzen die Machtverhältnisse realistisch ein. Hätte Rüsselsheim mitgezogen, dann wäre was los gewesen! Schließlich haben die großen Betriebe den Durchbruch gebracht – zu allgemeinen Verhandlungen. Die Unternehmer rächen sich: Von jeder Nationalität werden welche rausgeschmissen, deshalb ist der Schlodtfeld nach Bochum gefahren. Dann ist Ruhe. Wielange?

ABER DASS WIR IN RÜSSELSHEIM NICHT MITGEMACHT HABEN, W[illegible] GENAU RICHTIG



WIR SIND SO KAMPFUNERFAHREN – MIT UNS WÄR ALLES SCHIEFGEGANGEN

DAS ISSES! DA WÄR ICH NIE DRAUF GEKOMMEN.

WOLINSKI

Erklärung der Roten Hilfen Deutschlands

Die KPD/AO hat in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne" den Aufbau einer eigenen „Roten Hilfe" angekündigt. Die schon bestehenden Roten Hilfen erhielten teilweise Einladungen und zwar ursprünglich zu einem Datum, da sich diese sowieso treffen wollten, aber an einem anderen Ort.

In ihrem Programm wird die Arbeit der neuen KPD/Rote Hilfe als Fortführung der Arbeit des Westberliner Rote Hilfe-Komitees verstanden, welches sich schon mehrfach durch Verteilen von bedrucktem Papier hervorgetan hat. Knastarbeit und die Arbeit mit Gefangenen wird mit einer einzigen Ausnahme – Uli Kranzusch – nicht erwähnt. Indem sie Prozeßvorbereitungen auf juristische und materielle Ebene beschränkt, orientiert sie sich an dem vorgegebenen Rahmen der herrschenden Klasse. Aus der Roten Hilfe soll eine Parteiorganisation der KPD werden.

Die Konferenz der Roten Hilfe erklärt, daß die Rote Hilfe unabhängig bleibt, daß sie sich von keinem ZK die Ziele und Methoden ihrer Arbeit vorschreiben läßt. **Die ROTE HILFE ist keine Parteisache!!!**

Den Mißbrauch des Namens Rote Hilfe werden wir nicht durch Parteigezänk und Polemik, sondern durch entschlossene Praxis bekämpfen, die sich in Form, Inhalt und Qualität von der spalterischer und phraseologischer Aktionen unterscheidet.

ROTE HILFE:
Kassel, Wetzlar, Marburg, Frankfurt, Karlsruhe, Berlin, Erlangen-Nürnberg, Würzburg, München, Stuttgart, Bonn, Köln, Hamburg, Baden-Baden, Freiburg, Darmstadt, Tübingen, Dortmund.

IMPRESSUM

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis ist DM 1,00 – Abo für 12 Nr. inkl. Versandkosten DM 12,00. Der Versand wird nach Eingang des Geldes aufgenommen. Konto: Wir wollen alles, Gaiganz.Postscheckamt Nürnberg Nr.4684-852. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München, Josephsburger Straße 16.

Druck, Verlag: Politladen Erlangen.







Lied der streikenden türkischen Arbeiter bei Valvo Aachen



bleib lustig streik, bleib lustig
bleib lustig streik, bleib lustig,
bleib lustig streik, bleib lustig

wir sind kräftige arbeiter
wir können widerstand leisten
denn wir sind stark
unsere rechte die nehmen wir uns
den chefs entreißen.

bleib lustig streik, bleib lustig
bleib lustig streik, bleib lustig

arbeiter, vereinigen wir uns
laßt uns streiken
wir wissen für unser recht zu kämpfen
denn es muß gekämpft werden

bleib lustig streik, bleib lustig
bleib lustig streik, bleib lustig

die ängstlichen machen kehrt
du, mein mutiger arbeiter – vorwärts
dieser kampf ist unser großer kampf
bleib nicht stehen – vorwärts

bleib lustig streik, bleib lustig
bleib lustig streik, bleib lustig

laßt uns die ausbeutung besiegen, hey

voran arbeiter, laßt uns eins werden
nehmen wir unsere rechte
hey – laßt uns durch den kampf
unsere rechte nehmen hey und
unsere eigene ordnung aufbauen – hey

laßt uns hand in hand
demonstrieren mit lust
wir haben recht – wir werden siegen
laßt uns die ausbeutung besiegen hey!
unsere eigene ordnung aufbauen hey!
ha! sagten wir und stiegen in den kampf
jeder in seiner hand die waffe
die ausbeutung werden wir besiegen hey!
unsere eigene ordnung werden wir aufbauen hey

Die Nummer 4 der griechischen Ausgabe von WIR WOLLEN ALLES erscheint in Kürze. Bestellungen über die Vertriebsanschrift in Gaiganz!